Öffentlicher Dienst 397/ME

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 920.196/4-II/A/6/94

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (2. BDG-Novelle 1994), das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Karenzurlaubsgeldgesetz, das Auslandseinsatzzulagengesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührenzulagengesetz, das Post- und Telegraphen-Pensionsgesetz 1967, das Bundesgesetz über die Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bezügegesetz, die Bundesforste-Dienstordnung 1986, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und das Ausschreibungsgesetz 1989 geändert werden; Begutachtungsverfahren

Gesetzentwurf
Zl. 63 -GE/19 94
Datum 28. 9. 1994
Verteilt 30. Sep. 1994

An
die Österreichische Präsidentschaftskanzlei
die Parlamentsdirektion
den Rechnungshof
die Volksanwaltschaft
den Verfassungsgerichtshof
den Verwaltungsgerichtshof
das Präsidium der Finanzprokuratur
das Bundesrechenamt
alle Bundesministerien
das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Sektion V
das Büro von Herrn Vizekanzler Dr. BUSEK
das Büro von Herrn Bundesminister WEISS
das Büro von Frau Bundesministerin DOHNAL
das Sekretariat von Herrn Staatssekretär Dr. DITZ
alle Sektionen des Bundeskanzleramtes
die Bundes-Gleichbehandlungskommission, Abteilung I/12 des BKA
die Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste
die Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung
alle Ämter der Landesregierungen
die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
alle Unabhängigen Verwaltungssenate
den Datenschutzrat
die Geschäftsführung des Familienpolitischen Beirates beim Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
den Österreichischen Städtebund
den Österreichischen Gemeindebund
die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
die Bundesarbeitskammer
die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

den Österreichischen Landarbeiterkammertag
den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag
alle Rechtsanwaltskammern
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
den Verhandlungsausschuß der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes
den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
den Österreichischen Bundestheaterverband
die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals
die Bundeskonferenz der Universitäts- und Hochschulprofessoren
die Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre
die Vereinigung der österreichischen Richter
die Bundessektion Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Linz
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Salzburg
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck
das Institut für Rechtswissenschaften, TU Wien
das Institut für Wirtschaft, Politik und Recht
das Institut für Rechtswissenschaften, Uni Klagenfurt
das Österreichische Institut für Rechtspolitik
das Institut für Europarecht Wien
das Forschungsinstitut für Europarecht Graz
das Forschungsinstitut für Europafragen an der Wirtschaftsuniversität Wien
das Zentrum für Europäisches Recht Innsbruck
das Forschungsinstitut für Europarecht Salzburg
das Forschungsinstitut für Europarecht Linz
das Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht, WU Wien
das Österreichische Institut für Menschenrechte

Pleyer 2457

Das Bundeskanzleramt übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (2. BDG-Novelle 1994), das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Karenzurlaubsgeldgesetz, das Auslandseinsatzzulagengesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührenzulagengesetz, das Post- und Telegraphen-Pensionsgesetz 1967, das Bundesgesetz über die Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen, das

Bundestheaterpensionsgesetz, das Bezügegesetz, die Bundesforste-Dienstordnung 1986, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und das Ausschreibungsgesetz 1989 geändert werden, sowie den Entwurf von Erläuterungen hiezu.

Es wird um Abgabe einer Stellungnahme in zweifacher Ausfertigung bis spätestens

7. November 1994

gebeten. Sollte bis zum angegebenen Termin keine Stellungnahme einlangen, wird Zustimmung zum vorliegenden Entwurf angenommen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden 25 Ausfertigungen dieses Entwurfes samt Erläuterungen übermittelt. Die begutachtenden Stellen werden gebeten, 25 Ausfertigungen ihrer allfälligen Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zuzuleiten und das Bundeskanzleramt hievon in Kenntnis zu setzen.

27. September 1994
Für den Bundeskanzler:
i.V. FITZKA

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

E n t w u r f

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (2. BDG-Novelle 1994), das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Karenzurlaubsgeldgesetz, das Auslandseinsatzzulagengesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührenzulagengesetz, das Post- und Telegraphen-Pensionsgesetz 1967, das Bundesgesetz über die Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bezügegesetz, die Bundesforste-Dienstordnung 1986, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz und das Ausschreibungsgesetz 1989 geändert werden

---

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I
Änderung des BDG 1979

Das BDG 1979, BGBl. Nr. 333, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 665/1994, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 Abs. 2 wird der Ausdruck "Abweichend vom Abs. 1 ist dieses Bundesgesetz mit Ausnahme der §§ 2 und 3" durch den Ausdruck "Abweichend vom Abs. 1 ist dieses Bundesgesetz mit Ausnahme der §§ 1a, 2 und 3" ersetzt.

2. Nach § 1 wird folgender § 1a eingefügt:

"Automationsunterstützte Datenverarbeitung

§ 1a. Die dienstrechtlichen Daten der Bundesbeamten können automationsunterstützt verarbeitet werden."

3. § 14 Abs. 7 Z 2 lautet:

"2. Dienstenthebung gemäß § 39 des Heeresdisziplinargesetzes 1994, BGBl. Nr. 522,"

4. Im § 38 Abs. 2 zweiter Satz entfällt die Wortgruppe "an einen anderen Dienstort".

5. § 41a Abs. 4 lautet:

"(4) Die Vertreter der Dienstnehmer sind namhaft zu machen:

1. für die Senate für Berufungswerber aus der Besoldungsgruppe der Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung von der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten,
2. in allen übrigen Fällen von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst.

Macht eine Gewerkschaft innerhalb von vier Wochen nach Aufforderung durch den Bundeskanzler die Dienstnehmervertreter nicht namhaft, so obliegt die Namhaftmachung für den betreffenden Bereich dem Bundeskanzler."

6. § 41c Abs. 2 zweiter Satz entfällt.

7. § 41e Abs. 2 lautet:

"(2) Der Bundeskanzler hat für die Verhandlungen vor der Berufungskommission geeignete Schriftführer beizustellen."

8. Nach § 233 wird folgender § 233a eingefügt:

"Versetzung in den Ruhestand

§ 233a. Ein Beamter, der dem im § 114 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, umschriebenen Personenkreis

angehört, ist auf seinen Antrag in den Ruhestand zu versetzen, wenn er den Anspruch auf den vollen Ruhegenuß erlangt hat. Die Versetzung in den Ruhestand wird mit der Rechtskraft des Bescheides wirksam."

9. § 240a Abs. 8 lautet:

"(8) Die Abs. 1 und 4 bis 7 sind auf die übrigen Beamten des Dienststandes der Post- und Telegraphenverwaltung und der Fernmeldehoheitsverwaltung, die noch nicht der Besoldungsgruppe der Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung angehören, anzuwenden. Ihre Überleitung wird in allen Fällen mit dem auf die Abgabe der Erklärung folgenden Monatsersten wirksam."

10. Im § 253 Abs. 3 wird das Zitat "§ 140" durch das Zitat "§ 141" ersetzt.

11. Im § 256 Abs. 1 wird der Ausdruck "Leiter einer Universitätsbibliothek im Sinne des § 85 Abs. 3 des Universitäts-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 258/1975" durch den Ausdruck "Leiter einer Universitätsbibliothek im Sinne des § 78 Abs. 5 des Universitäts-Organisationsgesetzes" ersetzt.

12. § 261 Abs. 1 zweiter Satz entfällt.

13. Dem § 262 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

"Eine solche schriftliche Erklärung ist rechtsunwirksam, wenn ihr der Wachebeamte eine Bedingung beigefügt hat."

14. Im § 264 Abs. 1 werden ersetzt:

a) der bisherige Amtstitel "Bezirksinspektor" durch den Amtstitel "Gruppeninspektor",

b) der bisherige Amtstitel "Gruppeninspektor" durch den Amtstitel "Bezirksinspektor".

15. Im § 264 Abs. 5 wird der Amtstitel "Bezirksinspektor" durch den Amtstitel "Gruppeninspektor" ersetzt.

16. Im § 278 Abs. 12 Abs. 1 lit. a wird das Zitat "§ 83 Abs. 1 Z 4 und Abs. 3" durch das Zitat "§ 83 Abs. 1 Z 4 und Abs. 4" ersetzt.

17. Dem § 278 wird folgender Abs. 16 angefügt:

"(16) Es treten in Kraft:

1. § 240a Abs. 8 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. mit 1. Jänner 1993,
2. § 1 Abs. 2, § 1a samt Überschrift, § 14 Abs. 7 Z 2, § 38 Abs. 2, § 41a Abs. 2, § 41c Abs. 2, § 41e Abs. 2, § 233a samt Überschrift, § 253 Abs. 3, § 256 Abs. 1, § 261 Abs. 1, § 262 Abs. 1, § 264 Abs. 1 und 5, Anlage 1 Z 3.3.2, Z 3.4.1 lit. d, e und f, Z 3.4.1 lit. o, Z 3.7.1 lit. k, Z 3.7.2 lit. h, Z 3.7.2 lit. j, Z 3.8.1 lit. h, Z 3.8.1 lit. i und j, Z 3.8.2 lit. d bis f, Z 3.23, Z 4.16, Z 5.7 und Z 8.10 lit. e in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. mit 1. Jänner 1995."

18. Anlage 1 Z 3.3.2 lit. a entfällt.

19. In der Anlage 1 Z 3.3.2 erhalten die bisherigen lit. b bis e die Bezeichnung "a" bis "d".

20. In der Anlage 1 Z 3.4.1 lit. d, e und f wird der Ausdruck "Bundesanstalt für Eich- und Vermessungswesen" jeweils durch den Ausdruck "Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen" ersetzt.

21. In der Anlage 1 Z 3.4.1 wird folgende lit. o angefügt:

"o) der Leiter der Strom- und Hafenaufsicht Linz,"

22. Anlage 1 Z 3.7.1. lit. k lautet:

"k) der Leiter des Sekretariates des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien,"

23. In der Anlage 1 Z 3.7.2 lit. h wird der Ausdruck "Forstlichen Dienstes der Wildbach- und Lawinenverbauung" durch den Ausdruck "Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung" ersetzt.

24. In der Anlage 1 Z 3.7.2 lit. j wird das Wort "Ausgaben" durch das Wort "Aufgaben" ersetzt.

25. In der Anlage 1 Z 3.8.1 wird nach der lit. g folgende lit. h eingefügt:

"h) der Leiter einer Geschäftsabteilung eines Gerichtes oder einer Staatsanwaltschaft, dem mindestens ein Mundant mit einer Gesamtarbeitskapazität von 100% der Vollbeschäftigung zugeteilt ist,"

26. In der Anlage 1 Z 3.8.1 erhalten die bisherigen lit. h und i die Bezeichnung "i" und "j".

27. Anlage 1 Z 3.8.2 lit. d entfällt.

28. In der Anlage 1 Z 3.8.2 erhalten die bisherigen lit. e bis g die Bezeichnung "d" bis "f".

29. Anlage 1 Z 3.23 letzter Satz lautet:
"Ein Partieführer trägt die Verantwortung für die praktische Umsetzung von Planvorgaben und beaufsichtigt und leitet eine oder mehrere Gruppen von Facharbeitern und anderen Arbeitern."

30. Anlage 1 Z 4.16 letzter Satz lautet:
"Ein Vorarbeiter leitet andere Facharbeiter oder Arbeiter an."

31. In der Anlage 1 Z 5.7 entfällt der Ausdruck "und Verwendung im erlernten Lehrberuf".

32. In der Anlage 1 Z 8.10 lit. e wird der Ausdruck "Leiter des Referates 1 in der Abteilung II bei der

Bundespolizeidirektion Graz" durch den Ausdruck "Inspizierender der Zollwache und Referent für die Außenstelle Güssing" ersetzt.

Artikel II
Änderung des Gehaltsgesetzes 1956

Das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 665/1994, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1 wird folgender § 1a eingefügt:

"Automationsunterstützte Datenverarbeitung

§ 1a. Die besoldungsrechtlichen Daten der Bundesbeamten können automationsunterstützt verarbeitet werden."

2. § 12 Abs. 2 Z 5 lit. a lautet:

"a) in einer der Verwendungsgruppen A 1, M BO 1, M ZO 1 oder PT 1 oder in einer der im § 12a Abs. 2 Z 3 angeführten Besoldungs- oder Verwendungsgruppen über das Erfordernis der abgeschlossenen Hochschulbildung hinaus vorgeschrieben ist oder"

3. Im § 12 Abs. 2 Z 6 werden die Worte "Verwendungsgruppen A 2, B, L 2b, M BO 2, M ZO 2, H 2, PT 1 bis PT 4, K 1 oder K 2" jeweils durch die Worte "Verwendungsgruppen A 1, A 2, B, L 2b, M BO 1, M ZO 1, M BO 2, M ZO 2, H 2, PT 1 bis PT 4, K 1 oder K 2" ersetzt.

4. § 13a Abs. 8 erhält die Absatzbezeichnung "(6)".

5. Dem § 34 wird folgender Abs. 6 angefügt:

"(6) In Dienstbereichen, bei denen es nach der Natur des Dienstes notwendig ist, die Beamten nach einiger Zeit zu einer anderen Dienststelle zu versetzen, tritt bei der Anwendung der Abs. 1 bis 5 an die Stelle der dauernden Verwendung auf einem

Arbeitsplatz einer höheren Verwendungsgruppe die Verwendung auf einem Arbeitsplatz einer höheren Verwendungsgruppe für einen Zeitraum, der nach Bestätigung der Dienstbehörde ein Jahr übersteigen soll."

6. § 36 Abs. 5 Z 1 lautet:

"1. der Beamte in dieselbe Funktionsgruppe eingestuft wird wie jene, der die Funktion zugeordnet war, aus der er gemäß § 35 abberufen worden ist, oder in eine höhere Funktionsgruppe eingestuft wird oder"

7. Im § 39 Abs. 6 erster Satz, im § 80 Abs. 5 erster Satz und im § 97 Abs. 6 erster Satz werden die Worte "sind auf sie" jeweils durch die Worte "sind auf die besoldungsrechtliche Abgeltung ihrer höherwertigen Verwendung" ersetzt.

8. Nach § 75 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

"(1a) Ist für die Berechnung der Verwendungszulage als Gehalt der höherwertigen Verwendungsgruppe das Gehalt der Verwendungsgruppe E 2a oder E 1

1. der Gehaltsstufe 3 heranzuziehen, so ist dabei von dem Betrag auszugehen, der sich aus der Gehaltsstufe 4 abzüglich des Unterschiedsbetrages zwischen dem Gehalt der Gehaltsstufen 4 und 5,
2. der Gehaltsstufe 2 heranzuziehen, so ist dabei von dem Betrag auszugehen, der sich aus der Gehaltsstufe 4 abzüglich des Unterschiedsbetrages zwischen dem Gehalt der Gehaltsstufen 4 und 6

der betreffenden Verwendungsgruppe ergibt."

9. § 77 Abs. 2 Z 1 lautet:

"1. der Beamte des Exekutivdienstes in dieselbe Funktionsgruppe eingestuft wird wie jene, der die Funktion zugeordnet war, aus der er gemäß § 76 abberufen worden ist, oder in eine höhere Funktionsgruppe eingestuft wird oder"

10. Nach § 92 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

"(1a) Ist für die Berechnung der Verwendungszulage als Gehalt der höherwertigen Verwendungsgruppe das Gehalt der Verwendungsgruppe M BUO 1 oder M ZUO 1

1. der Gehaltsstufe 2 heranzuziehen, so ist dabei von dem Betrag auszugehen, der sich aus der Gehaltsstufe 4 abzüglich des Unterschiedsbetrages zwischen dem Gehalt der Gehaltsstufen 4 und 5,
2. der Gehaltsstufe 1 heranzuziehen, so ist dabei von dem Betrag auszugehen, der sich aus der Gehaltsstufe 4 abzüglich des Unterschiedsbetrages zwischen dem Gehalt der Gehaltsstufen 4 und 6

der betreffenden Verwendungsgruppe ergibt."

11. § 94 Abs. 5 Z 1 lautet:

"1. die Militärperson in dieselbe Funktionsgruppe eingestuft wird wie jene, der die Funktion zugeordnet war, aus der sie gemäß § 93 abberufen worden ist, oder in eine höhere Funktionsgruppe eingestuft wird oder"

12. Dem § 118 werden folgende Abs. 9 bis 11 angefügt:

"(9) Der Beamte ist bei seiner Anstellung in die Dienstklasse III einzureihen. Wenn es jedoch besondere dienstliche Rücksichten geboten erscheinen lassen, kann der Beamte bei der Anstellung durch Verfügung des Bundespräsidenten unmittelbar in eine höhere, für seine Verwendungsgruppe vorgesehene Dienstklasse eingereiht werden.

(10) Wenn es besondere dienstliche Rücksichten geboten erscheinen lassen, kann dem Beamten bei der Anstellung durch Verfügung des Bundespräsidenten unmittelbar eine höhere Gehaltsstufe zuerkannt werden.

(11) Bei Anwendung der Abs. 9 und 10 ist nach Maßgabe der Bestimmungen über den Vorrückungsstichtag auf die bisherige Berufslaufbahn und auf die künftige Verwendung des Beamten Bedacht zu nehmen."

13. Nach § 134 Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

"(2a) In den Fällen des § 254 Abs. 8 und 10 BDG 1979 tritt im Abs. 1 in der jeweils vierten Spalte der Tabellen an die Stelle der dort angeführten Verwendungsgruppen die Verwendungsgruppe, die sich aus der Anwendung des § 254 Abs. 8 und 10 BDG 1976 ergibt."

14. § 136 Abs. 6 lautet:

"(6) War der Beamte nach seiner Beförderung in eine in den Abs. 3 bis 5 angeführte Dienstklasse einer dort angeführten entsprechenden Verwendungsgruppe, spätestens aber am Tage seiner Überleitung nach § 134 oder nach § 135 dauernd mit einem Arbeitsplatz betraut, der höher bewertet oder höher zu bewerten war als der am Tag der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabte Arbeitsplatz, ist bei der Anwendung der Abs. 3 bis 5 von diesem höher bewerteten (höher zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen. War der Beamte innerhalb dieses Zeitraums mit verschiedenen höher bewerteten oder höher zu bewertenden Arbeitsplätzen dauernd betraut, ist dabei vom höchstbewerteten (am höchsten zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen."

15. § 136 Abs. 8 lautet:

"(8) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 7 ist nicht zu prüfen, wie lange der Beamte den Arbeitsplatz vor der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabt hat. Laufbahnverzögerungen, die sich auf Grund einer Leistungsfeststellung oder anderer, von den Abs. 1 bis 7 nicht erfaßter Umstände ergeben haben, bewirken keine Verbesserung der sich aus der Überleitungstabelle ergebenden Einstufung."

16. Im § 142 Abs. 1 letzter Satz entfallen die Worte "und des Bundesministers für Finanzen".

17. Nach § 146 Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

"(2a) In den Fällen des § 262 Abs. 4 und 6 BDG 1979 tritt im Abs. 1 in der jeweils vierten Spalte der Tabellen an die

Stelle der dort angeführten Verwendungsgruppen die Verwendungsgruppe, die sich aus der Anwendung des § 262 Abs. 4 und 6 BDG 1976 ergibt."

18. An die Stelle der § 147 Abs. 5 und 6 treten folgende Bestimmungen:

"(5) War der Wachebeamte nach seiner Beförderung in eine in den Abs. 2 bis 4 angeführte Dienstklasse einer dort angeführten entsprechenden Verwendungsgruppe, spätestens aber am Tage seiner Überleitung nach § 146 dauernd mit einem Arbeitsplatz betraut, der höher bewertet oder höher zu bewerten war als der am Tag der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabte Arbeitsplatz, ist bei der Anwendung der Abs. 2 bis 4 von diesem höher bewerteten (höher zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen. War der Wachebeamte innerhalb dieses Zeitraums mit verschiedenen höher bewerteten oder höher zu bewertenden Arbeitsplätzen dauernd betraut, ist dabei vom höchstbewerteten (am höchsten zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen.

(5a) Gehört der Wachebeamte am Tag der Überleitung der Gehaltsstufe 10 der Dienstklasse III der Verwendungsgruppe W 3 an und weist er zu diesem Zeitpunkt in dieser Gehaltsstufe eine für die Vorrückung anrechenbare Dienstzeit von mehr als zwei Jahren auf, so ist die sich aus der Überleitungstabelle ergebende Einstufung um dieses zwei Jahre übersteigende Ausmaß zu verbessern.

(6) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 5a ist nicht zu prüfen, wie lange der Wachebeamte den Arbeitsplatz vor der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabt hat. Laufbahnverzögerungen, die sich auf Grund einer Leistungsfeststellung oder anderer, von den Abs. 1 bis 5a nicht erfaßter Umstände ergeben haben, bewirken keine Verbesserung der sich aus der Überleitungstabelle ergebenden Einstufung."

19. § 153 Abs. 3 lautet:

"(3) § 40b Abs. 3 bis 5 ist auf die im Abs. 1 angeführten Berufsoffiziere anzuwenden."

20. Nach § 154 Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

"(2a) In den Fällen des § 269 Abs. 6 und 8 BDG 1979 tritt im Abs. 1 in der jeweils vierten Spalte der Tabellen an die Stelle der dort angeführten Verwendungsgruppen die Verwendungsgruppe, die sich aus der Anwendung des § 269 Abs. 6 und 8 BDG 1979 ergibt."

21. § 155 Abs. 6 lautet:

"(6) War der Berufsoffizier nach seiner Beförderung in eine in den Abs. 3 bis 5 angeführte Dienstklasse einer dort angeführten entsprechenden Verwendungsgruppe, spätestens aber am Tage seiner Überleitung nach § 154 dauernd mit einem Arbeitsplatz betraut, der höher bewertet oder höher zu bewerten war als der am Tag der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabte Arbeitsplatz, ist bei der Anwendung der Abs. 3 bis 5 von diesem höher bewerteten (höher zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen. War der Berufsoffizier innerhalb dieses Zeitraums mit verschiedenen höher bewerteten oder höher zu bewertenden Arbeitsplätzen dauernd betraut, ist dabei vom höchstbewerteten (am höchsten zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen."

22. § 155 Abs. 8 lautet:

"(8) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 7 ist nicht zu prüfen, wie lange der Brufsoffizier den Arbeitsplatz vor der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabt hat. Laufbahnverzögerungen, die sich auf Grund einer Leistungsfeststellung oder anderer, von den Abs. 1 bis 7 nicht erfaßter Umstände ergeben haben, bewirken keine Verbesserung der sich aus der Überleitungstabelle ergebenden Einstufung."

23. Dem § 161 wird folgender Abs. 14 angefügt:

"(14) § 1a samt Überschrift, § 12 Abs. 2 Z 5 lit. a und

Z 6, § 13a Abs. 6, § 34 Abs. 6, § 36 Abs. 5 Z 1, § 39 Abs. 6, § 75 Abs. 1a, § 77 Abs. 2 Z 1, § 80 Abs. 5, § 92 Abs. 1a, § 94 Abs. 5 Z 1, § 97 Abs. 6, § 118 Abs. 9 bis 11, § 134 Abs. 2a, § 136 Abs. 6 und 8, § 142 Abs. 1, § 146 Abs. 2a, § 147 Abs. 5 bis 6, § 153 Abs. 3, § 154 Abs. 2a und § 155 Abs. 6 und 8 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. treten mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel III
Änderung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948

Das Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 665/1994, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1 wird folgender § 1a eingefügt:

"Automationsunterstützte Datenverarbeitung

§ 1a. Die dienst- und besoldungsrechtlichen Daten von Personen, die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehen, können automationsunterstützt verarbeitet werden."

2. § 2a Abs. 4 lautet:

"(4) Die Abs. 1 bis 3 und § 1a sind abweichend von den Bestimmungen des § 1 auf alle Bundesbediensteten anzuwenden, die nicht Beamte sind."

3. § 26 Abs. 2 Z 5 lit. a lautet:

"a) in einer der Verwendungsgruppen A 1, M BO 1, M ZO 1 oder PT 1 oder in einer der im § 12a Abs. 2 Z 3 des Gehaltsgesetzes 1956 angeführten Besoldungs- oder Verwendungsgruppen über das Erfordernis der abgeschlossenen Hochschulbildung hinaus vorgeschrieben ist oder"

4. Dem § 76 wird folgender Abs. 8 angefügt:

"(8) § 1a samt Überschrift, § 2a Abs. 4 und § 26 Abs. 2 Z 5 lit. a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel IV
Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955

Die Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 665/1994, wird wie folgt geändert:

1. Im § 68 Abs. 1 werden nach dem Ausdruck "im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung" die Worte "und in der Fernmeldehoheitsverwaltung" eingefügt.

2. Dem § 77 wird folgender Abs. 7 angefügt:

"(7) § 68 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. XXX/199. tritt mit 1. Jänner 1993 in Kraft."

Artikel V
Änderung des Bundes-Personalvertretungsgesetzes

Das Bundes-Personalvertretungsgesetz, BGBl. Nr. 133/1967, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 550/1994, wird wie folgt geändert:

1. § 37a Abs. 1 Z 2 lautet:

"2. gemäß den §§ 1 bis 1b des Bundesverfassungsgesetzes über die Entsendung von Personen und Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965, entsendet sind,"

2. Dem § 45 wird folgender Abs. 6 angefügt:

"(6) § 37a Abs. 1 Z 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. XXX/199. tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel VI
Änderung des Karenzurlaubsgeldgesetzes

Das Karenzurlaubsgeldgesetz, BGBl. Nr. 395/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 16/1994, wird wie folgt geändert:

1. Im § 3 Abs. 2a Z 2 wird das Zitat "des Meldegesetzes 1972, BGBl. Nr. 30/1973," durch das Zitat "des Meldegesetzes 1991, BGBl. Nr. 9/1992," ersetzt.

2. Im § 12 Abs. 3 Z 3 wird das Zitat "des Meldegesetzes 1972" durch das Zitat "des Meldegesetzes 1991" ersetzt.

3. Dem § 15 wird folgender Abs. 5 angefügt:

"(5) § 3 Abs. 2a Z 2 und § 12 Abs. 3 Z 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. XXX/199. tritt mit 1. Jänner 1994 in Kraft."

Artikel VII
Änderung des Auslandseinsatzzulagengesetzes

Das Auslandseinsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 365/1991, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 665/1994, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 lautet:

"(2) Die §§ 16 bis 18, 19a bis 20b, 20d, 21, 82, 83, 144 und 145 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl.Nr. 54, sowie die Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl.Nr. 133, sind für die Dauer des Einsatzes auf die im Abs. 1 genannten Bediensteten nicht anzuwenden."

2. Dem § 13 wird folgender Abs. 5 angefügt:

"(5) § 1 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel VIII
Änderung des Pensionsgesetzes 1965

Das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 665/1994, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift zu § 15 lautet:

"Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses"

2. § 15 Abs. 1 entfällt; die bisherigen Abs. 2 bis 8 erhalten die Absatzbezeichnungen "(1)" bis "(7)".

3. Im § 15 Abs. 1 Z 1 entfällt die Wendung "und nicht Z 2 und 3 anzuwenden sind".

4. Im § 15 Abs. 1 Z 3 wird das Zitat "Abs. 4 oder 5" durch das Zitat "Abs. 3 oder 4" ersetzt.

5. § 15 Abs. 2 und 3 lautet:

"(2) Einer Anwartschaft oder einem Anspruch auf Pensionsversorgung nach Abs. 1 Z 3 ist eine Anwartschaft oder ein Anspruch auf Pensionsversorgung nach folgenden Bestimmungen:

1. Landesgesetzliche Vorschriften, die dem Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht der Bundesbeamten vergleichbar sind,
2. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 302/1984,

3. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 296/1985,
4. Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, und vergleichbare landesgesetzliche Vorschriften,
5. Post- und Telegraphen-Pensionsgesetz 1967, BGBl. Nr. 231,
6. Bundesgesetz vom 1. Juli 1967 über die Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen, BGBl. Nr. 255,
7. Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953,
8. Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958,
9. Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979,
10. § 163 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979, BGBl. Nr. 333,
11. Bundesbahn-Pensionsordnung 1966, BGBl. Nr. 313,
12. Dienst(Pensions)ordnungen für Dienstnehmer und ehemalige Dienstnehmer von
    a) öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Fonds, Stiftungen, Anstalten und Betrieben, die vom Bund, einem Bundesland, einem Gemeindeverband oder einer Gemeinde verwaltet werden,
    b) sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, und
    c) Einrichtungen, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen,
13. Pensionsvorschriften der Oesterreichischen Nationalbank,

sowie der unbefristete Bezug eines außerordentlichen Versorgungsgenusses gleichzuhalten.

(3) Die im Abs. 1 Z 3 angeführte Berechnungsgrundlage, wenn der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten selbst Beamter des Dienststandes ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die eine Anwartschaft auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die dem überlebenden Ehegatten am Stichtag gebührten, und

2. der 350. Teil des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Summe der für den überlebenden Ehegatten bis zum Stichtag festgehaltenen Nebengebührenwerte nach § 2 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 Z 1 und 2 des Nebengebührenzulagengesetzes mit 1% des am Stichtag geltenden Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfälligen Teuerungszulage ergibt, höchstens aber der Betrag von 25% des ruhegenußfähigen Monatsbezuges."

6. Im § 15 Abs. 4 erster Satz wird das Zitat "Abs. 2 Z 3" durch das Zitat "Abs. 1 Z 3" ersetzt.

7. § 15 Abs. 5 und 6 lautet:

"(5) Die Berechnungsgrundlage eines verstorbenen Beamten des Dienststandes oder emeritierten Ordentlichen Universitäts(Hochschul)professors, die der Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses zugrunde zu legen ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die eine Anwartschaft auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die dem verstorbenen Beamten am Stichtag gebührten, und
2. der 350. Teil des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Summe der für den verstorbenen Beamten bis zum Stichtag festgehaltenen Nebengebührenwerte nach § 2 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 Z 1 und 2 des Nebengebührenzulagengesetzes mit 1% des am Stichtag geltenden Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfälligen Teuerungszulage ergibt, höchstens aber der Betrag von 25% des ruhegenußfähigen Monatsbezuges.

(6) Die Berechnungsgrundlage eines verstorbenen Beamten des Ruhestandes, die der Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses zugrunde zu legen ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die einen Anspruch auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die für die Bemessung des dem verstorbenen Beamten an seinem Sterbetag gebührenden Ruhebezuges maßgebend waren, und
2. der Betrag, der der um 25 % erhöhten Nebengebührenzulage entspricht, die dem verstorbenen Beamten an seinem Sterbetag gebührte."

8. Dem § 15 werden folgende Abs. 8 und 9 angefügt:

"(8) Stichtag im Sinne der Abs. 3 und 5 ist der letzte Tag des Kalendermonates, der dem Sterbetag des Beamten vorausgeht.

(9) Für Zwecke der Bemessung einer Witwen(Witwer)pension oder eines Witwen- und Witwerversorgungsbezuges gilt das Bundesrechenamt als Versicherungsträger im Sinne des § 321 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955."

9. Die Überschrift zu § 15a lautet:

"Ausmaß des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses"

10. § 15a Abs. 1 und 2 lautet:

"(1) Das Ausmaß des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses ergibt sich aus einem Hundertsatz des Ruhegenusses, auf den der Beamte am Sterbetag Anspruch gehabt hat oder im Fall der mit Ablauf dieses Tages erfolgten Versetzung in den Ruhestand gehabt hätte.

(2) Zur Ermittlung des Hundertsatzes ist vorerst die Berechnungsgrundlage des überlebenden Ehegatten durch die Berechnungsgrundlage des verstorbenen Beamten zu teilen. Diese Zahl ist mit dem Faktor 24 zu vervielfachen und das Ergebnis auf drei Dezimalstellen zu runden."

11. Im § 15a Abs.3 wird der Begriff "Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles" durch den Begriff "Witwen- und Witwerversorgungsgenusses" ersetzt.

12. Die Überschrift zu § 15b lautet:

"Erhöhung des Witwen- und Witwerversorgungsbezuges"

13. § 15b Abs 1 lautet:

"(1) Erreicht die Summe aus

1. eigenem Einkommen des überlebenden Ehegatten,
2. dem nach den §§ 15 und 15a berechneten Versorgungsgenuß,
3. einer allfälligen Versorgungsgenußzulage gemäß § 22,
4. einer allfälligen Nebengebührenzulage gemäß § 6 des Nebengebührenzulagengesetzes und
5. einer allfälligen Haushaltszulage

nicht den Betrag von 16.000 S, so sind, solange diese Voraussetzung zutrifft, die in den Z 2 bis 4 genannten Bestandteile des Versorgungsbezuges gleichmäßig soweit zu erhöhen, daß die Summe aus eigenem Einkommen und Versorgungsbezug den genannten Betrag erreicht. Die sich daraus jeweils ergebenden Hundertsätze des Versorgungsgenusses, der Versorgungsgenußzulage und der Nebengebührenzulage zum Versorgungsgenuß dürfen jedoch 60 nicht überschreiten."

14. § 15b Abs. 2 erster Satz lautet:

"Die Höhe des im Abs. 1 angeführten Betrages von 16.000 S ändert sich jeweils um den Hundertsatz, um den sich bei Beamten der Allgemeinen Verwaltung das Gehalt der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V unter Berücksichtigung einer allfällig gewährten Teuerungszulage ändert."

15. Im § 15b Abs. 3 Z 4 wird das Zitat "§ 15 Abs. 3" durch das Zitat "§ 15 Abs. 2" ersetzt.

16. Im § 15b Abs. 6 und 8 wird der Ausdruck "Witwen- und Witwerversorgungsbezugsteiles" jeweils durch den Ausdruck "Versorgungsbezuges" ersetzt.

17. Dem § 15b wird folgender Abs. 10 angefügt:

"(10) Der Erhöhungsbetrag gilt als Bestandteil des Witwen- und Witwerversorgungsbezuges."

18. Im § 15c wird der Ausdruck "Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles" jeweils durch den Ausdruck "Versorgungsbezuges" ersetzt.

19. § 15d entfällt; der bisherige § 15e erhält die Paragraphenbezeichnung "15d".

20. Die Überschrift zu § 15d lautet:

"Vorschüsse auf den Witwen- und Witwerversorgungsbezug"

21. Im § 15d werden

a) der Ausdruck "Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteil" jeweils durch den Ausdruck "Versorgungsbezug" und

b) der Ausdruck "Ruhebezugsteiles" durch den Ausdruck "Ruhebezuges"

ersetzt.

22. § 22 Abs. 2 lautet:

"(2) Die Versorgungsgenußzulage beträgt

1. für den überlebenden Ehegatten den gemäß § 15a Abs. 3 ermittelten Hundertsatz,
2. für jede Halbwaise 24% und
3. für jede Vollwaise 36%

der nach § 12 in Betracht kommenden Ruhegenußzulage."

23. Im § 24 Abs. 4 wird das Zitat "§ 15 Abs. 8" durch das Zitat "§ 15 Abs. 7" ersetzt.

24. Dem § 58 wird folgender Abs. 12 angefügt:

"(12) Die §§ 15 bis 15d samt Überschriften, § 22 Abs. 2 und § 24 Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. treten mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel IX
Änderung des Nebengebührenzulagengesetzes

Das Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 665/1994, wird wie folgt geändert:

1. § 7 Abs. 1 lautet:

"(1) Die Nebengebührenzulage zum Versorgungsgenuß beträgt:
1. für den überlebenden Ehegatten den gemäß § 15a Abs. 3 des Pensionsgesetzes 1965 ermittelten Hundertsatz,
2. für jede Halbwaise 24 % und
3. für jede Vollwaise 36 %

der Nebengebührenzulage zum Ruhegenuß."

2. Dem § 16a wird folgender Abs. 5 angefügt:

"(5) Die Abs. 1 und 2 sind ferner nicht anzuwenden, wenn
1. ein in den §§ 31 oder 87 des Gehaltsgesetzes 1956 vorgesehenes Fixgehalt oder
2. ein Gehalt nach § 42 Abs. 1 letzter Satz oder § 103 Abs. 5 des Gehaltsgesetzes 1956 oder
3. ein Gehalt nach § 66 Abs. 2 letzter Satz des Richterdienstgesetzes

dem Ruhegenuß zugrundezulegen ist."

3. Dem § 19 wird folgender Abs. 8 angefügt:

"(8) § 7 Abs. 1 und § 16a Abs. 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. treten mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel X
Änderung des Post- und Telegraphenpensionsgesetzes 1967

Das Post- und Telegraphenpensionsgesetz 1967, BGBl. Nr. 231, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 334/1993, wird wie folgt geändert:

1. Im § 3 wird das Zitat "§§ 15 bis 15e" durch das Zitat "§§ 15 bis 15d" ersetzt.

2. Dem § 4 wird folgender Abs. 4 angefügt:

"(4) § 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel XI
Änderung des Bundesgesetzes über die Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen

Das Bundesgesetz über die Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen, BGBl. Nr. 255/1967, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 334/1993, wird wie folgt geändert:

1. Im § 3a wird das Zitat "§§ 15 bis 15e" durch das Zitat "§§ 15 bis 15d" ersetzt.

2. Dem § 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:

"(4) § 3a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel XII
Änderung des Bundestheaterpensionsgesetzes

Das Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 389/1994, wird wie folgt geändert:

1. § 6a Abs. 6 lautet:

"(6) Die Nebengebührenzulage zum Versorgungsgenuß beträgt:

1. für den überlebenden Ehegatten den gemäß § 17a dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 15a Abs. 3 des Pensionsgesetzes 1965 ermittelten Hundertsatz,
2. für jede Halbwaise 24 % und
3. für jede Vollwaise 36 %

der Nebengebührenzulage zum Ruhegenuß."

2. Im § 17a wird das Zitat "§§ 15 bis 15e" durch das Zitat "§§ 15 bis 15d" ersetzt.

3. Dem § 22 wird folgender Abs. 7 angefügt:

"(7) § 6a Abs. 6 und § 17a in der Fassung des Art. V des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. treten mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel XIII
Änderung des Bezügegesetzes

Das Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 665/1994, wird wie folgt geändert:

1. Im § 29 Abs. 1 wird das Zitat "§ 15 Abs. 2 bis 5" durch das Zitat "§ 15 Abs. 1 bis 4" ersetzt.

2. Im § 29 Abs. 2 wird der Ausdruck "Witwen(Witwer)versorgungsbezuges" durch den Ausdruck "Versorgungsbezuges" ersetzt.

3. § 29a Abs. 3 letzter Satz lautet:

"Diese Zahl ist mit dem Faktor 24 zu vervielfachen und das Ergebnis auf drei Dezimalstellen zu runden."

4. Dem § 45 wird folgender Abs. 7 angefügt:

"(7) Die §§ 29, 29a Abs. 3 und 29b in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. treten mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel XIV
Änderung der Bundesforste-Dienstordnung 1986

Die Bundesforste-Dienstordnung 1986, BGBl. Nr. 298, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 665/1994, wird wie folgt geändert:

1. Im § 76 Abs. [illegible]wird das Zitat "Abs. 2 bis 6" durch das Zitat "Abs. 2 bis 7" ersetzt.

2. Dem § 76 wird folgender Abs. 7 angefügt:

"(7) § 15a Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 340, ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß von zwei Bemessungsgrundlagen, von denen eine der Bemessung des Vergleichsruhegenusses (Vergleichsversorgungsgenusses), die andere der Bemessung der Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung zugrundegelegt wird oder wurde, nur die erstere für die Ermittlung nach § 15a Abs. 2 des Pensionsgesetzes 1965 heranzuziehen ist."

3. § 77 Abs. 1 lautet:

"(1) Zum Zwecke der Berücksichtigung von Nebengebührenzulagen bei der Ermittlung des Ausmaßes der Zuschüsse nach § 75 sind die für Bundesbeamte und deren Hinterbliebene jeweils geltenden Bestimmungen des Nebengebührenzulagengesetzes, BGBl. Nr. 485/1971, mit den sich aus den Abs. 2 bis 4 und aus § 81 ergebenden Abänderungen anzuwenden."

4. Dem § 95d wird folgender Abs. 9 angefügt:

"(9) § 76 Abs. 1 und 7 und § 77 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. treten mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

Artikel XV
Änderung des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes

Das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. Nr. 100/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 16/1994, wird wie folgt geändet:

1. § 20 Z 6 lautet:

"6. die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen (in der Folge "Arbeitskreise" genannt) gemäß § 39 des Bundesgesetzes über die Organisation der Universitäten, BGBl. Nr. 805/1993, § 106a des Universitäts-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 258/1979, § 14b des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 54/1970 und § 25a des Akademie-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 25/1988."

2. § 23 Abs. 2 Z 5 lautet:

"5. die Arbeitskreise nach § 20 Z 6 für ihre Dienststelle."

3. § 27 Abs. 7 lautet:

"(7) Die Abs. 1, 2 und 4 bis 6 sind auf die Vorsitzenden der Arbeitskreise nach § 20 Z 6 anzuwenden."

4. § 28 Abs. 2 Z 2 lautet:

"2. die Vorsitzenden der Arbeitskreise nach § 20 Z 6."

5. Dem § 54 wird folgender Abs. 4 angefügt:

"(4) § 20 Z 6, § 23 Abs. 2 Z 5, § 27 Abs. 7 und § 28 Abs. 2 Z 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. treten mit 1. Jänner 1995 in Kraft."

Artikel XVI
Änderung des Ausschreibungsgesetzes 1989

Das Ausschreibungsgesetz 1989, BGBl. Nr. 85, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 550/1994, wird wie folgt geändet:

1. § 28 lautet:

"Aufnahmeverfahren

§ 28. (1) Die Art und die Durchführung des in Betracht kommenden Aufnahmeverfahrens sind in den Unterabschnitten B bis F geregelt.

(2) Von der Durchführung eines Aufnahmeverfahrens nach Abs. 1 kann abgesehen werden, wenn die für die Aufnahme zuständige Dienststelle zur Auffassung gelangt, daß die ausgeschriebene Planstelle mit einem oder einer geeigneten Bediensteten einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes besetzt werden kann.

(3) Dem Aufnahmeverfahren nach Abs. 1 oder dem Besetzungsverfahren nach Abs. 2 sind nur jene Bewerber und Bewerberinnen zu unterziehen, die

1. die im § 22 Abs. 1 und 2 angeführten Erfordernisse für die angestrebte Verwendung erfüllen und
2. sich spätestens am letzten Tag der in der Ausschreibung angeführten Bewerbungsfrist beworben haben.

(4) Wenn es die Rechtsvorschriften ausdrücklich zulassen und weniger Bewerber und Bewerberinnen die im § 22 Abs. 1 angeführten Erfordernisse erfüllen, als Planstellen zu besetzen sind, kann nach diesen Rechtsvorschriften von der Nichterfüllung im § 22 Abs. 1 angeführter Erfordernisse Nachsicht erteilt werden. Eine erteilte Nachsicht gilt auch für die spätere Aufnahme oder Besetzung.

(5) Die Voraussetzung des Abs. 3 Z 2 erfüllen auch Bewerber und Bewerberinnen, die sich längstens ein Jahr vor der betreffenden Ausschreibung um eine Planstelle beworben haben, wenn diese der nun ausgeschriebenen Planstelle (den nun ausgeschriebenen Planstellen) hinsichtlich

1. der Einstufung und der Art der Verwendung und
2. des gewünschten Dienstortes

entspricht.

(6) Bewerber und Bewerberinnen, die die Erfordernisse des Abs. 3 nicht erfüllen, sind hievon formlos zu verständigen."

2. Nach § 36 wird folgender § 36a eingefügt:

"Nicht berücksichtigte Bewerber und Bewerberinnen

§ 36a. (1) Nach der Entscheidung über die Besetzung der Planstelle hat die das Aufnahmeverfahren durchführende Dienststelle alle Bewerber und Bewerberinnen, die nicht berücksichtigt worden sind, hievon formlos zu verständigen.

(2) In der Verständigung ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß

1. die Bewerbung weiterhin gültig bleibt, wenn der Bewerber oder die Bewerberin innerhalb von zwei Wochen ab der Zustellung schriftlich mitteilt, daß die Bewerbung aufrecht bleiben soll,
2. die Bewerbung aber in keinem Fall länger als ein Jahr gültig sein kann.

(3) Bei Besetzung einer Planstelle nach § 28 Abs. 2 hat die Verständigung auch den Hinweis zu enthalten, daß von der Durchführung eines Aufnahmeverfahrens abgesehen wurde, weil die Planstelle mit einem oder einer Bediensteten einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes besetzt werden konnte."

3. § 53 samt Überschrift entfällt.

4. § 58 lautet:

"§ 58. § 52 ist anzuwenden."

5. Am Ende des § 90 Abs. 2 wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt. Folgende Z 11 wird angefügt:

"11. § 28, § 36a samt Überschrift, § 53 samt Überschrift und § 58 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. XXX/199. mit 1. Jänner 1995."

Artikel XVII
Aufhebung von Rechtsvorschriften

Mit Ablauf des 31. Dezember 1994 treten außer Kraft:

1. Art. IV des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 281/1980, mit dem das BDG 1979 geändert wird,
2. Art. VIII der 37. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 306/1981,
3. Art. VI und VII der 39. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 350/1982,
4. Art. IV Abs. 3 bis 6 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 137/1983, mit dem das BDG 1979, das Vertragsbedienstetengesetz 1948 und die Bundesforste-Dienstordnung geändert werden,
5. Art. III, Art. V und Art. VI Abs. 1 und 2 der 34. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 657/1983,
6. Art. VII Abs. 2 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 659/1983, mit dem das BDG 1979 und das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz geändert werden,
7. Art. V Abs. 2 und Art. VI der 43. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 268/1985,
8. Art. VIII Abs. 1 bis 4 der 44. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 572/1985,
9. Art. VI der 45. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 387/1986,
10. Art. V der 37. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 388/1986,
11. Art. IV des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 389/1986, mit dem das BDG 1979 und das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz geändert werden,

12. Art. XI der 46. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 237/1987,
13. Art. V der 38. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 238/1987.

V o r b l a t t

Probleme:

1. Mit Rücksicht auf das EWR-Abkommen werden die Erteilung von Betriebsgenehmigungen, die Überwachung der Zulassung und der verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen nicht mehr von der Post- und Telegraphenverwaltung, sondern von einer von der Fernmeldeorganisation unabhängigen Einrichtung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr durchgeführt. Die Tätigkeit der mit diesen Angelegenheiten befaßten Beamten erfährt durch diese Organisationsmaßnahme keinerlei Änderung. Diese Beamten gehören auch weiterhin Besoldungsgruppe der Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung an, sind jedoch aus der reisegebührenrechtlichen Sonderregelung des § 68 RGV herausgefallen, da dieser auf "Dienstverrichtungen im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung" Bezug nimmt.

2. Die Belange der an den Universitäten nach dem UOG 1993 neu zu bildenden Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen und ihrer Vorsitzenden können nicht in den Institutionen nach dem B-GBG (z.B. Gleichbehandlungskommission) vertreten werden.

3. Die in letzter Zeit ergangenen umfangreichen Novellen zu den dienst- und besoldungsrechtlichen Vorschriften enthalten einige Unstimmigkeiten, die zu berichtigen wären.

4. Die bisherigen Bestimmungen des Ausschreibungsgesetzes führen für den Fall, daß eine Ausschreibung bereits erfolgt ist, zu Mobilitätshindernissen für Bedienstete einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes.

Ziele:

1. Berücksichtigung des Umstandes der gleichbleibenden Tätigkeit bei der Anwendung der reisegebührenrechtlichen Vorschriften.

2. Sicherstellung, daß auch die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen und ihre Vorsitzenden nach dem UOG 1993 die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie jene nach dem bisherigen UOG erhalten.

3. Beseitigung der Unstimmigkeiten.

4. Bevorzugte Aufnahme von Bediensteten einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes auch nach erfolgter Ausschreibung.

Inhalte:

1. Weiterhin Anwendung der für die Verwendung in der Post- und Telegraphenverwaltung geltenden reisegebührenrechtlichen Bestimmungen auf die Beamten, die in den auf Grund des EWR-Vertrages ausgegliederten Bereichen beschäftigt sind.

2. Schaffung von Bestimmungen im B-GBG, mit denen die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen und ihre Vorsitzenden nach dem UOG 1993 mit jenen nach dem bisherigen UOG gleichgestellt werden.

3. Ersatz fehlerhafter Ausdrücke und Zitierungen durch durch die richtigen Texte.

4. Geeignete Bedienstete einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes können auch nach erfolgter Ausschreibung ohne Absolvierung eines im Ausschreibungsgesetz vorgesehenen Aufnahmeverfahrens auf freie Planstellen aufgenommen werden, wenn sie sich innerhalb der in der Ausschreibung angeführten Bewerbungsfrist beworben haben.

Alternativen:

1. Zu den Punkten 1. bis 3. gibt es keine Alternativen.

2. Hinsichtlich des Punktes 4. würde die Alternative in der Beibehaltung des bisherigen unbefriedigenden Rechtszustandes bestehen.

Kosten:

Die Maßnahmen dieses Entwurfes erfordern keine Mehrkosten.

Erläuterungen

ALLGEMEINER TEIL

Der vorliegende Entwurf sieht insbesondere folgende Regelungen vor:

1. Weiterhin Anwendung der für die Verwendung in der Post- und Telegraphenverwaltung geltenden reisegebührenrechtlichen Bestimmungen auf die Beamten, die in den auf Grund des EWR-Vertrages ausgegliederten Bereichen, also der Fernmeldehoheitsverwaltung, beschäftigt sind.

2. Schaffung von Bestimmungen im B-GBG, mit denen die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen und ihre Vorsitzenden nach dem UOG 1993 mit jenen nach dem bisherigen UOG gleichgestellt werden.

3. Ersatz fehlerhafter Ausdrücke und Zitierungen der in letzter Zeit ergangenen umfangreichen Novellen zu den dienst- und besoldungsrechtlichen Vorschriften, insbesondere des Besoldungsreformgesetzes 1994, BGBl. Nr. 550, durch die richtigen Texte.

4. Schaffung der Möglichkeit, freie Planstellen auch nach erfolgter Ausschreibung mit geeigneten Bediensteten einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes ohne Durchführung eines Aufnahmeverfahrens zu besetzen.

Der Entwurf enthält darüber hinaus Zitierungsanpassungen, die durch Änderungen von Rechtsvorschriften notwendig geworden sind, und Aufhebungen überholter Übergangsbestimmungen.

Die Zuständigkeit des Bundes zur Erlassung dieses Bundesgesetzes ergibt sich hinsichtlich

1. der Art. I bis XII und XIV bis XVII aus Art. 10 Abs. 1 Z 16 B-VG,
2. des Art. XIII aus Art. 10 Abs. 1 Z 1 B-VG.

EU-Normen werden durch die getroffenen Regelungen nicht berührt.

BESONDERER TEIL

Zu Art. I Z 1 (§ 1 Abs. 2 BDG 1979):

Diese Bestimmung enthält eine Zitierungserweiterung um zu gewährleisten, daß auch die Dienstnehmerdaten von Richteramtsanwärtern, Richtern und Richtern des Verwaltungsgerichtshofes automationsunterstützt verarbeitet werden dürfen.

Zu Art. I Z 2, Art. II Z 1 und Art. III Z 1 (§ 1a BDG 1979, § 1a GG und § 1a VBG):

Die Bearbeitung dienst- und besoldungsrechtlicher Daten erfordert zunehmend den Einsatz der Datenverarbeitung.
Da die Automationsunterstützung in der Personalverwaltung auch zu einer Effizienzsteigerung beiträgt, ist die gesetzliche Voraussetzung zu schaffen, daß dienst- und besoldungsrechtliche Daten automationsunterstützt verarbeitet werden können.

Zu Art. I Z 3 (§ 14 Abs. 7 Z 2 BDG 1979):

Zitierungsanpassung an das neue Heeresdisziplinargesetz 1994.

Zu Art. I Z 4 (§ 38 Abs. 2 zweiter Satz BDG 1979):

Die Einfügung der Wortgruppe "an einen anderen Dienstort" geht auf ein Redaktionsversehen im Besoldungsreformgesetz 1994, BGBl. Nr. 550, zurück und bewirkt eine nicht beabsichtigte Einschränkung der Versetzungsmöglichkeit des provisorischen Beamten im Dienstort. Diese Wortgruppe soll daher ersatzlos entfallen.

Zu Art I Z 5 (§ 41a Abs. 4 BDG 1979):

Nach dieser Bestimmung soll die Nominierung von Dienstnehmervertretern im Vertretungsbereich der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten dieser obliegen.

Zu Art. I Z 6 (§ 41c Abs. c zweiter Satz BDG 1979):

Mit der Funktion des Berichterstatters ist primär die Aufgabe der Erstellung von Erledigungsentwürfen verbunden. Die Zuweisung dieser Funktion bereits durch Gesetz an den Dienstgebervertreter im Berufungssenat weist diesem von vornherein einen im Vergleich zum Dienstnehmervertreter unverhältnismäßigen Einfluß auf die Senatsentscheidungen zu. Auch steht die gesetzliche Zuweisung dieser Funktion an den Dienstgebervertreter in einem Spannungsverhältnis zur Sitzungs- und Verhandlungsleitung des richterlichen Vorsitzenden und sollte daher entfallen.

Zu Art. I Z 7 (§ 41e Abs. 2 BDG 1979):

Da die Aufgabe der Erstellung von Erledigungsentwürfen zweckmäßigerweise im Regelfall vom Senatsvorsitzenden zu besorgen sein wird, ist die bisher vorgesehene Rechtskundigkeit der Schriftführer nicht mehr erforderlich.

Zu Art. I Z 8 (§ 233a BDG 1979):

Zitierungsanpassung an eine durch das Besoldungsreformgesetz geänderte Paragraphenbezeichnung. Diese Regelung war bisher im Art. IV der BDG-Novelle BGBl. Nr. 281/1980 enthalten. Sie wird aus Gründen der Übersichtlichkeit direkt in die Übergangsbestimmungen des BDG 1979 übernommen. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden.

Zu Art. I Z 9 (§ 240a Abs. 8 BDG 1979):

Hier wird klargestellt, daß auch Beamte der Fernmeldehoheitsverwaltung in das Schema der Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung optieren können. Daß Verwendungen in der Fernmeldehoheitsverwaltung den Verwendungen dieser

Besoldungsgruppe zuzuzählen sind, ergibt sich bereits aus der Definition des § 228.

Durch das Besoldungsreformgesetz 1994, BGBl. Nr. 550, erhält dieser Paragraph mit Wirkung vom 1. Jänner 1995 die Bezeichnung "§ 249".

Zu Art. I Z 10 (§ 253 Abs. 3 BDG 1979):

Berichtigung eines Zitates.

Zu Art. I Z 11 (§ 256 Abs. 1 BDG 1979):

Zitierungsanpassung an das neue Universitäts-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 805/1993.

Zu Art. I Z 12 und 13 (§ 261 Abs. 1 und § 262 Abs. 1 BDG 1979):

Der Satz über die Rechtsunwirksamkeit einer bedingten Optionserklärung ist im Besoldungsreformgesetz 1994 statt dem § 262 Abs. 1 irrtümlich dem § 261 Abs. 1 angefügt worden und wird nun in den sachlich richtigen Zusammenhang gebracht.

Zu Art. I Z 14 und 15 (§ 264 Abs. 1 und 5 BDG 1979):

Im Besoldungsreformgesetz 1994 sind im E-Schema die Amtstitel "Bezirksinspektor" und "Gruppeninspektor" entsprechend der Bedeutung der Worte "Bezirk" und "Gruppe" in ihrer Rangfolge vertauscht worden. Diese Änderung ist im alten Wache-Schema unterblieben und wird nunmehr nachgeholt, um für beide Schemata eine übereinstimmende Bedeutung dieser Amtstitel sicherzustellen.

Zu Art. I Z 16 (§ 278 Abs. 12 Z 1 lit. a BDG 1979):

Berichtigung eines Zitates.

Zu Art. I Z 18 bis 28 und 32 (Anlage 1 Z 3.3.2, Z 3.4.1 lit. d, e und f, Z 3.4.1 lit. o, Z 3.7.1 lit. k, Z 3.7.2 lit. h, Z 3.7.2 lit. j, Z 3.8.1 lit. h, Z 3.8.1 lit. i und j, Z 3.8.2 lit. d bis f und Z 8.10 lit. e BDG 1979):

Hier handelt es sich um Berichtigungen von Schreib-, Druck- und Übertragungsfehlern.

Zu Art. I Z 29 bis 31 (Anlage 1 Z 3.23 letzter Satz, Z 4.16 letzter Satz und Z 5.7 BDG 1979):

Die vorgenommenen Definitionen dienen der Klarstellung.

Zu Art. II Z 2 und 3 (§ 12 Abs. 2 Z 5 und 6 GG):

Die Aufzählungen werden um die Verwendungsgruppen A 1, M BO 1 und M ZO 1 ergänzt, da sie im Gegensatz zu den älteren Akademikergruppen nicht im § 12a Abs. 2 Z 3 des Gehaltsgesetzes 1956 angeführt und damit vom Verweis auf diese Bestimmung nicht erfaßt sind.

Zu Art. II Z 4 (§ 13a Abs. 8 GG):

Berichtigung einer falschen Bezeichnung.

Zu Art. II Z 5 (§ 34 Abs. 6 GG):

Um nicht Beamte, die aus der Natur des Dienstes heraus regelmäßig an andere Dienststellen versetzt werden müssen (vor allem im Bereich des auswärtigen Dienstes), vom Anspruch auf eine Verwendungszulage nach § 34 des Gehaltsgesetzes 1956 auszuschließen, soll in einem solchen Fall bereits eine zumindest einjährige Betrauung mit einer Funktion dafür reichen, daß der Anspruch entsteht. Für die Funktionszulage ist bereits eine gleichartige Bestimmung im § 30 Abs. 6 des Gehaltsgesetzes 1956 vorgesehen.

Zu Art. II Z 6 (§ 36 Abs. 5 Z 1 GG):

Die geänderte Umschreibung stellt sicher, daß die Ergänzungszulage nach § 36 Abs. 1 oder 2 des Gehaltsgesetzes 1956 auch dann wegfällt, wenn der Beamte in eine höhere Funktionsgruppe mit Fixgehalt eingestuft wird.

Zu Art. II Z 7 (§ 39 Abs. 6, § 80 Abs. 5 und § 97 Abs. 6 GG):

Für den Beamten, der bereits im Jahre 1995 einem neuen

Schema angehört und auf einem A- oder B-wertigen Arbeitsplatz verwendet wird, wird klargestellt, daß die für seine Einstufung vorgesehene Funktionszulage nicht entfällt. Die Sonderreglung mit der Anwendung der alten Verwendungszulage (oder Verwendungsabgeltung) und dem Ausschluß der neuen Zulagen und Abgeltungen gilt nur hinsichtlich der Honorierung dieser höherwertigen Verwendung. Die alte Verwendungszulage (oder Verwendungsabgeltung) tritt damit zu der im ersten Satz dieser Erläuterungen angeführten Funktionszulage hinzu.

Zu Art. II Z 8 (§ 75 Abs. 1a GG):

Mit Rücksicht auf die vorgesehenen Ausbildungen und die hiefür erforderlichen Praxiszeiten können die Verwendungsgruppe E 2b frühestens in der Gehaltsstufe 2 und die Verwendungsgruppen E 2a und E 1 frühestens in der Gehaltsstufe 4 erreicht werden. § 72 Abs. 1 sieht daher in den einzelnen Verwendungsgruppen erst ab den genannten Gehaltsstufen Bezugsansätze vor.

Nach § 75 gebührt einem Beamten des Exekutivdienstes, der ständig auf einem Arbeitsplatz einer höherwertigen Verwendungsgruppe verwendet wird, eine Verwendungszulage, für deren Berechnung ein Vergleich des Gehaltes der Gehaltsstufe des Beamten mit dem Gehalt derselben Gehaltsstufe der höherwertigen Verwendung anzustellen ist.

Abs. 1a stellt die Anwendbarkeit des Berechnungsmodus auch für die (nicht sehr häufigen) Fälle sicher, in denen ein Beamter der Gehaltsstufe 2 und 3 der Verwendungsgruppe E 2b ständig mit den Aufgaben eines Arbeitsplatzes der Verwendungsgruppe E 2a (oder gar E 1) betraut ist.

Für die Gehaltsstufe 1 kann sich dieses Problem nicht ergeben, da sich der Beamte des Exekutividienstes während der ersten zwei Jahre seiner Laufbahn in der Grundausbildung befindet und nicht mit den Aufgaben eines Arbeitsplatzes fertig ausgebildeter Beamter betraut werden kann.

Zu Art. II Z 9 (§ 77 Abs. 2 Z 1 GG):

Anpassung an die Diktion des geänderten § 36 Abs. 5 Z 1 des Gehaltsgesetzes 1956.

Zu Art. II Z 10 (§ 92 Abs. 1a GG):

Mit Rücksicht auf die vorgesehenen Ausbildungen und die hiefür erforderlichen Praxiszeiten können die Verwendungsgruppen M BUO 1 und M ZUO 1 frühestens in der Gehaltsstufe 3 erreicht werden. § 85 Abs. 1 und § 89 Abs. 1 sehen daher in diesen Verwendungsgruppen erst ab der genannten Gehaltsstufe Bezugsansätze vor.

Nach § 92 gebührt einer Militärperson, die ständig auf einem Arbeitsplatz einer höherwertigen Verwendungsgruppe verwendet wird, eine Verwendungszulage, für deren Berechnung ein Vergleich des Gehaltes der Gehaltsstufe des Beamten mit dem Gehalt derselben Gehaltsstufe der höherwertigen Verwendung anzustellen ist.

Abs. 1a stellt die Anwendbarkeit des Berechnungsmodus auch für die (nicht sehr häufigen) Fälle sicher, in denen eine Militärperson der Gehaltsstufen 1 oder 2 der Verwendungsgruppe M BUO 2 oder M ZUO 2 ständig mit den Aufgaben eines Arbeitsplatzes der Verwendungsgruppe M BUO 1 oder M ZUO 1 betraut ist.

Zu Art. II Z 11 (§ 94 Abs. 5 Z 1 GG):

Die geänderte Umschreibung stellt sicher, daß die Ergänzungszulage nach § 94 Abs. 1 oder 2 des Gehaltsgesetzes 1956 auch dann wegfällt, wenn die Militärperson in eine höhere Funktionsgruppe mit Fixgehalt eingestuft wird.

Zu Art. II Z 12 (§ 118 Abs. 9 bis 11 GG):

Da während des Jahres 1995 noch Neuaufnahmen von Beamten in die Verwendungsgruppen A und B (also in das alte Dienstklassen-Schema) vorgesehen sind, ist für diese Zeit nach wie vor die - bisher im § 28 Abs. 2 und 4 enthalten gewesene -

Möglichkeit vorzusehen, daß dem Beamten bei seiner Anstellung durch Verfügung des Bundespräsidenten unmittelbar eine höhere Dienstklasse oder Gehaltsstufe zuerkannt werden kann.

Diese Einfügung wird wegen des im § 149 Abs. 1 enthaltenen Verweises auf den Unterabschnitt D auch für die Berufsoffiziere der Verwendungsgruppen H 1 und H 2 wirksam.

Für die Wachebeamten ist diese Regelung bereits im § 138 Abs. 3 bis 5 ausdrücklich vorgesehen. In der Praxis wird sie allerdings keine Bedeutung haben, da sie wegen der Etappenregelung nurmehr für die Einstufung in Verwendungsgruppe W 1 in Betracht kommt und eine öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis nicht in dieser Verwendungsgruppe begründet wird.

Mit Ablauf des Jahres 1995 werden alle diese Regelungen gegenstandlos, weil wegen des Inkrafttretens der zweiten Etappe der Besoldungsreform eine Begründung des öffentlich-rechlichen Dienstverhältnisses in einem Dienstklassen-Schema mit Rücksicht auf § 253 Abs. 1, § 261 Abs. 3 und § 268 Abs. 1 BDG 1979 nicht mehr zulässig ist.

Zu Art. II Z 13 (§ 134 Abs. 2a GG):

Hier wird klargestellt, daß sich aus der Anwendung des § 254 Abs. 8 und 10 BDG 1979 (Überleitung des Beamten in jene Verwendungsgruppe, der der Arbeitsplatz des Beamten zugeordnet ist, sofern er die Ernennungs- und Definitivstellungserfordernisse für diese Verwendungsgruppe erfüllt) bei der tabellarischen Überleitung eine andere Verwendungsgruppe des neuen Schemas ergeben kann als jene, die die betreffende Tabelle anführt.

Zu Art. II Z 14 (§ 136 Abs. 6 GG):

Die Überleitungstabelle im § 134 geht davon aus, daß
die Dienstklasse VIII der Verwendungsgruppe A,
die Dienstklasse VII der Verwendungsgruppe B und
die Dienstklasse V der Verwendungsgruppe C

im bisherigen System ohne Verzögerung erreicht wurden. Tatsächlich sind jedoch die Arbeitsplätze, mit denen diese hohen Dienstklassen erreicht werden können, unterschiedlich hoch bewertet, was sich in der für das Erreichen dieser Dienstklassen erforderlichen Zeit ausdrückt. Verzögerungen, die sich dadurch ergeben haben, daß die Bewertung des Arbeitsplatzes nur eine verspätete Beförderung in diese Dienstklasse ermöglicht hat, sind gemäß § 136 Abs. 3 bis 5 bei der Überleitung in das A-Schema zu berücksichtigen.

Da aber, wie die Erläuterungen der RV 1577/XVIII. GP zum Entwurf des Besoldungsreformgesetzes 1994 ausführen, für die Einkommenshöhe im neuen System auch die Höhe der bei der Überleitung anfallenden Funktionszulage eine bedeutende Rolle spielt, soll sich die Betrachtung der Arbeitsplatzbewertung nicht auf den Tag der Ernennung in diese Dienstklasse, sondern auf den Tag der Überleitung beziehen. Wer somit nach der Ernennung in eine solche Dienstklasse der Überleitung auf einen höher bewerteten Arbeitsplatz gewechselt hat, ist bei der Überleitung nach den Kriterien dieses höher bewerteten Arbeitsplatzes zu beurteilen.

Diesem Anliegen soll § 136 Abs. 6 Rechnung tragen. Im ersten Satz dieser Bestimmung wird allerdings von Arbeitsplätzen gesprochen, die höher bewertet (oder zu bewerten) waren als der am Tag der Überleitung maßgebende Arbeitsplatz. Um dem in den Erläuterungen dargelegten Gedanken Rechnung zu tragen und sachlich nicht vertretbare Zufallsergebnisse zu vermeiden, hat der Vergleich nicht auf den Tag der Überleitung, sondern auf den Tag der Beförderung in die betreffende Dienstklasse abzustellen.

§ 136 Abs. 6 wird dementsprechend neu gefaßt. Dabei wird auch eindeutig klargestellt, daß der Zeitraum, der hinsichtlich der Wertigkeit der Arbeitsplätze zu überprüfen ist, vom Tag der Beförderung in die betreffende Dienstklasse bis zum Tag der (Wirksamkeit der) Überleitung reicht und beide Randtage

miteinschließt. Er wird in den nachstehenden Anwendungsbeispielen als "Überprüfungszeitraum" bezeichnet.

Beispiele:

Die nachstehenden Anwendungsbeispiele betreffen die Überleitung eines Beamten der Dienstklasse V der Verwendungsgruppe C in die Verwendungsgruppe A 3.

Beispiel 1:

Beförderung in die Dienstklasse V auf einem mit "V-1" bewerteten Arbeitsplatz.

Da eine Bewertung mit "V-1" ohnehin die rascheste Beförderung in die Dienstklasse V ermöglicht, kommt eine Zurechnung nach § 136 Abs. 5 und 6 zum Ergebnis der Überleitungstabelle des § 134 Abs. 1 Z 3 nicht in Betracht.

Beispiel 2:

Beförderung in die Dienstklasse V auf einem mit "IV/V-1" bewerteten Arbeitsplatz. Keine Änderung der Verwendung im Überprüfungszeitraum.

Diese Bewertung bewirkt eine - gegenüber der Bewerung mit "V-1" - um eineinhalb Jahre spätere Beförderung in die Dienstklasse V. Das Überleitungsergebnis der Tabelle im § 134 Abs. 1 Z 3 ist daher gemäß § 136 Abs. 5 um eineinhalb Jahre zu verbessern.

Beispiel 3:

Beförderung in die Dienstklasse V auf einem mit "IV/V-1" bewerteten Arbeitsplatz. Der Beamte wechselt im Überprüfungszeitraum auf einen mit "V-2" bewerteten Arbeitsplatz.

Nach § 136 Abs. 6 erster Satz richtet sich die Zurechnung nicht nach dem zum Zeitpunkt der Beförderung in die Dienstklasse V innegehabten Arbeitsplatz, sondern nach dem später erreichten, mit "V-2" höher bewerteten Arbeitsplatz. Der Zurechnungszeitraum ebrtägt daher nicht eineinhalb Jahre, sondern ein halbes Jahr. Der Beamte kann dafür auf Grund des höher bewerteten Arbeitsplatzes im neuen System mit einer höhereren Funktionszulage rechnen als im Falle des Beispiels 2.

Beispiel 4:

Beförderung in die Dienstklasse V auf einem mit "IV/V-1" bewerteten Arbeitsplatz. Der Beamte wechselt im Überprüfungszeitraum auf einen mit "V-2" bewerteten Arbeitsplatz, später, aber noch vor der Überleitung auf einen mit "V-3" bewerteten Arbeitsplatz.

Nach § 136 Abs. 6 zweiter Satz richtet sich die Zurechnung nach dem höchstbewerteten Arbeitsplatz, den der Beamte im Überprüfungszeitraum innegehabt hat, also nach "V-2". Die Zurechnung beträgt daher auch in diesem Fall ein halbes Jahr.

Fälle des Wechsels auf einen niedriger bewerteten Arbeitsplatz im Überprüfungszeitraum werden wohl nur selten vorkommen. Mit dieser Bestimmung sollen aber mögliche Umgehungen des § 136 Abs. 6 erster Satz vermieden werden, wonach durch "dauernde" Betrauung mit einem niedriger bewerteten Arbeitsplatz kurz vor der Überleitung und Rückkehr auf den alten, höher bewerteten Arbeitsplatz nach der Überleitung ein höheres Zurechnungsausmaß erreichbar gewesen wäre.

Zu Art. II Z 15 (§ 136 Abs. 8 GG):

Die verspätete Übernahme einer Funktion wirkt sich bereits in der entsprechend niedrigeren Einstufung aus, aus der der Beamte in das neue Schema übergeleitet wird. Durch die Neufassung des § 136 Abs. 8 wird klargestellt, daß in den Fällen des § 136 Abs. 1 bis 7 des Gehaltsgesetzes 1956 nicht auch noch zusätzlich zu prüfen ist, wie lange der Beamte den für die Beförderung in die betreffende Dienstklasse maßgebenden Arbeitsplatz schon vor dieser Beförderung innegehabt hat und ob daher aus diesem Grund eine Verbesserung der Einstufung aus der tabellarischen Überleitung überhaupt oder allenfalls in verringertem Ausmaß zulässig ist. Eine allfällige Verringerung der Einstufungsverbesserung kann sich lediglich in den Fällen des § 136 Abs. 3 bis 5, und auch das nur aus der Anwendung des § 136 Abs. 6 ergeben.

Der zweite Satz hält den Grundsatz fest, daß nur jene Laufbahnverzögerungen zu einer Verbesserung der Einstufung führen können, die sich aus der Wertigkeit des Arbeitsplatzes und ihrer Berücksichtigung in der Beförderungspraxis ergeben haben.

Zu Art. II Z 16 (§ 142 Abs. 1 GG):

Die Mitwirkung des Bundesministers für Finanzen an der Bemessung der Dienstzulage nach dem bisherigen § 73b ist auf Grund des Kompetenzbereinigungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 256, entfallen und ist in die Nachfolgeregelung des § 142 nur irrtümlich aufgenommen worden. Sie hat daher zu entfallen.

Zu Art. II Z 17 (§ 146 Abs. 2a GG):

Änderung im E-Schema, die der im § 134 Abs. 2a für das A-Schema vorgesehenen Änderung entspricht.

Zu Art. II Z 18 (§ 147 Abs. 5 bis 6 GG):

§ 147 Abs. 5 enthält eine dem § 136 Abs. 6 entsprechende Regelung für das E-Schema. Auf die Erläuterungen zur Änderung des § 136 Abs. 6 wird verwiesen.

§ 147 Abs. 5a enthält eine Sonderregelung für die Überleitung von Wachebeamten der Verwendungsgruppe W 3, die der Gehaltsstufe 10 der Dienstklasse III angehören und zum Zeitpunkt der Überleitung in dieser Gehaltsstufe eine für die Vorrückung anrechenbare Dienstzeit von mehr als zwei Jahren aufweisen.

Das BDG 1979 sieht eine sechsjährige Dienstzeit in dieser Verwendungsgruppe vor; erst danach kann der Wachebeamte in eine höhere Verwendungsgruppe überstellt werden. Mit Rücksicht auf die übliche Altersstruktur bei Beginn des Exekutivdienstes ist davon ausgegangen worden, daß 10 Gehaltsstufen alle Altersschichtungen der W 3-Beamten abdecken. In einigen besonderen Fällen trifft dies jedoch nicht zu, sodaß es einige W 3-Beamte gibt, die nur deswegen der Gehaltsstufe 10 angehören, weil für diese Verwendungsgruppe keine höhere

Gehaltsstufe vorgesehen ist. § 147 Abs. 5a stellt nun sicher, daß diese Beamten auch den zwei Jahre übersteigenden "Überhang" aus der Gehaltsstufe 10 bei der Überleitung in das E-Schema "mitnehmen" können.

§ 147 Abs. 6 enthält eine der Neufassung des § 136 Abs. 8 vergleichbare Änderung für das E-Schema.

Zu Art. II Z 19 (§ 153 Abs. 3 GG):

Berichtigung eines Zitates.

Zu Art. II Z 20 bis 22 (§ 154 Abs. 2a und § 155 Abs. 6 und 8 GG):

Diese Bestimmmungen enthalten die dem § 134 Abs. 2a und dem § 136 Abs. 6 und 8 entsprechenden Regelungen für das M-Schema. Auf die Erläuterungen zu § 134 Abs. 2a und zu § 136 Abs. 6 und 8 wird verwiesen.

Zu Art. III Z 2 (§ 2a Abs. 4 VBG):

Mit dieser Regelung wird sichergestellt, daß die Dienstnehmerdaten aller Bundesbediensteten, die nicht Beamte sind, automationsunterstützt verarbeitet werden dürfen.

Zu Art. III Z 3 (§ 26 Abs. 2 Z 5 lit. a VBG):

Auf die Erläuterungen zur Änderung des § 12 Abs. 2 Z 5 lit. a des Gehaltsgesetzes 1956 wird verwiesen.

Zu Art. IV Z 1 (§ 68 Abs. 1 RGV):

Mit Inkrafttreten des EWR-Abkommens ist auf dem Gebiet des Fernmeldewesens für Österreich die Richtlinie der EG über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste, 90/388/EWG, verbindlich geworden. Die Richtlinie sieht vor, daß die Erteilung von Betriebsgenehmigungen, die Überwachung der Zulassung und der verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen von einer von der Fernmeldeorgansation unabhängigen Einrichtung durchgeführt wird.

Durch eine Änderung des § 17 BMG 1986 und die Einfügung eines § 14a in das Fernmeldegesetz wird diesen Erfordernissen mit 1. Jänner 1993 legistisch Rechnung getragen werden.

Damit gehören die Beamten, die bisher in der Generaldirektion, im Fernmeldetechnischen Zentralamt, in den Post- und Telegraphendirektionen sowie in den Funküberwachungsstellen der Fernmeldebetriebsämter Agenden wahrgenommen haben und die nunmehr unter Art. 7 der oben genannten EG-Richtlinie fallen, ab 1. Jänner 1993 organisatorisch nicht mehr der Post- und Telegraphenverwaltung, sondern der Fernmeldehoheitsverwaltung an.

Die Tätigkeit dieser Beamten erfährt jedoch durch diese Organisationsmaßnahme keinerlei Änderung. Durch eine Novellierung des § 228 BDG 1979 ist bereits sichergestellt worden, daß sie weiterhin der Besoldungsgruppe der Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung angehören.

Die vorliegende Änderung soll bewirken, daß auch die für die Post- und Telegraphenverwaltung geltenden reisegebührenrechtlichen Sonderbestimmungen weiterhin auf diese Beamten angewendet werden können.

Zu Art. IV Z 2 (§ 77 Abs. 7 RGV):

Um eine rechtliche Kontinuität sicherzustellen, soll die Änderung des § 68 auf den 1. Jänner 1993 zurückwirken, den Tag, mit dem die Fernmeldeverwaltung aus der Post- und Telegraphenverwaltung ausgegliedert worden ist.

Zu Art. V Z 1 (§ 37a Abs. 1 Z 2 PVG):

Zitierungsanpassung.

Zu Art. VI Z 1 und 2 (§ 3 Abs. 2a Z 2 und § 12 Abs. 3 Z 3 KUG):

Zitierungsanpassung an das neue Meldegesetz 1991, BGBl. Nr. 9/1992.

Zu Art. VII Z 1 (§ 1 Abs. 2 AEZG):

Zitierungsanpassung an die durch das Besoldungsreformgesetz 1994 geänderten Bestimmungen über die Vergütung für besondere Gefährdung und die Vergütung für Beamte des Exekutivdienstes bzw. für Wachebeamte.

Zu Art. VIII Z 1 bis 21 (§§ 15 bis 15d PG):

Durch diese Änderungen wird der Art. II des Pensionsreform-Gesetzes 1993, BGBl. Nr. 334, teilweise neu gefaßt. Es wird zwar weiterhin eine Berechnungsgrundlage aus dem ruhegenußfähigen Monatsbezug, einer allfälligen Versorgungsgenußzulage und einer allfälligen Nebengebührenzulage gebildet, um in einem Vergleich mit den sonstigen Bemessungsgrundlagen das Prozentausmaß der Witwen- und Witwerversorgungsleistungen zu ermitteln. Das so ermittelte Prozentausmaß wird auf den Witwen- und Witwerversorgungsgenuß, auf die Versorgungsgenußzulage und die Nebengebührenzulage zum Versorgungsgenuß des überlebenden Ehegatten angewandt. Damit bleibt die bisherige Art der Ableitung dieser Bestandteile des Versorgungsbezuges von den einzelnen Teilen des Ruhebezuges gewahrt. In der Folge können durch diese Berechnungsart die durch das PRG 1993 neu eingeführten Institute eines Versorgungs- und Ruhebezugsteiles entfallen. Auch die ziemlich aufwendige Rückrechnung der Teile des Versorgungsbezugsteiles in die Teile des Versorgungsbezuges (bisheriger § 15 d) fällt weg. Durch die Neufassung soll die Vollziehung möglichst vereinfacht werden.

Im folgenden werden nur materielle Änderungen erläutert; bei den übrigen Änderungen der §§ 15 ff PG handelt es sich um Zitierungsanpassungen und begriffliche Verbesserungen. Paragraphenangaben ohne nähere Gesetzesbestimmungen beziehen sich auf das Pensionsgesetz 1965 (PG).

Zu § 15 Abs. 1 Z 1 PG:

Gemäß § 15a Abs. 4 ist, sofern mehrere Berechnungsgrundlagen in Betracht kommen, die Summe dieser

Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung des Prozentausmaßes des Versorgungsgenusses heranzuziehen. Die bisherige Formulierung des § 15 Abs. 1 Z 1 schlösse jedoch eine Summierung der Berechnungsgrundlagen nach Z 1 und Z 2 oder 3 insofern aus, als eine Anwendung der Z 1 dann nicht mehr in Frage käme, wenn die Z 2 oder 3 des § 15 Abs. 1 anzuwenden wären. Durch den Entfall der Wendung "und nicht Z 2 und 3 anzuwenden sind" in § 15 Abs. 1 Z 1 soll somit eine Summierung der Berechnungsgrundlagen nach § 15a Abs. 4 ermöglicht werden.

Zu § 15 Abs. 2 PG:

Da die im § 15 Abs. 2 angeführten Pensionsvorschriften systematisch eher der Beamtenpensionsversorgung als der gesetzlichen Pensionsversicherung entsprechen, soll der erste Satz des § 15 Abs. 2 terminologisch dieser Rechtslage angepaßt werden. Die weitere Änderung im § 15 Abs. 2 entspricht der Aufhebung der Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967 durch Art. IV Z 11 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 665/1994.

Zu § 15 Abs. 3, 5 und 8 PG)

Die bisherige Fassung des § 15 Abs. 3 Z 2 und 5 Z 2 ging von einer täglich zu bildenden Bemessungsgrundlage aus; als Stichtag galt der Sterbetag des Beamten. Da jedoch im Rahmen der automatisierten Bundesbesoldung manche Nebengebühren - zB die Überstundenvergütung - nicht täglich, sondern monatlich erfaßt werden, ist die Bildung einer täglichen Bemessungsgrundlage bei aktiven Beamten nicht immer möglich. Es soll daher auf den Letzten des Kalendermonates, das dem Ableben des Beamten vorausgeht, abgestellt werden. Bei Ruhestandsbeamten stellt sich dieses Problem nicht; für diese wird daher die tägliche Bemessungsgrundlage - die de facto eine monatliche darstellt - beibehalten.

Zu § 15 Abs. 6 PG:

Die Änderung in § 15 Abs. 6 Z 2 dient der Beseitigung eines Redaktionsversehens.

Zu § 15 Abs. 9 PG

Die ab 1. Jänner 1995 geltenden Bestimmungen über die Witwen- und Witwerversorgung werden im Hinblick auf das Erfordernis der wechselseitigen Zurverfügungstellung von Berechnungsgrundlagen einen intensiven Datenaustausch zwischen der Pensionsbehörde des Bundes und den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung mit sich bringen. Mit dem geplanten § 15 Abs. 9 soll eine Rechtsgrundlage für die Übermittlung verarbeiteter Daten im Sinne des § 7 Abs. 1 Z 1 DSG geschaffen werden.

Zu § 15a Abs. 2 zweiter Satz PG:

Durch die bisher vorgesehene Berechnungsweise wurde der Rundungsfehler um das 24fache vergrößert. Es soll daher das Ergebnis der Division der Berechnungsgrundlagen zunächst mit dem Faktor 24 multipliziert und erst dann auf drei Dezimalstellen gerundet werden.

Zu § 15b Abs. 1 PG:

Die Haushaltszulage bildet gemäß § 14 Abs. 5 einen Bestandteil des Versorgungsbezuges. Die bisherige Fassung des § 15b Abs. 1 war insofern widersprüchlich, als einerseits im ersten Halbsatz nur darauf abgestellt wurde, ob die Summe aus eigenem Einkommen und den in den Z 2 bis 4 genannten Bestandteilen des Versorgungsbezuges den Betrag von S 16.000 erreichte, andererseits eine Erhöhung des Prozentausmaßes nur insoweit zulässig war, als die Summe aus eigenem Einkommen und Versorgungsbezug (einschließlich Haushaltszulage) den genannten Betrag erreichte. Durch die Einfügung der Z 5 soll klargestellt werden, daß die Haushaltszulage bereits bei der Prüfung des Anspruches auf Erhöhung zu berücksichtigen ist.

Zu Art. VIII Z 22 (§ 22 Abs. 2 PG):

Anpassung dieser Bestimmung an die Neufassung der §§ 15 bis 15d.

Zu Art. VIII Z 23 (§ 24 Abs. 4 PG):

Anpassung eines Zitates.

Zu Art. IX Z 1 (§ 7 Abs. 1 NGZG):

Bedingt durch den Entfall des bisherigen § 15d PG ist nunmehr auch das Prozentausmaß der Nebengebührenzulage zum Witwen- und Witwerversorgungsgenuß im NGZG zu regeln.

Zu Art. IX Z 2 (§ 16a Abs. 5 NGZG):

Abs. 5 stellt sicher, daß eine Umwandlung der im § 16a angeführten Zulagen in Nebengebührenwerte jedenfalls auch dann ausgeschlossen ist, wenn der Beamte Anspruch auf einen Ruhegenuß hat, der sich nach einem Fixgehalt oder einem vergleichbaren Bezug bemißt.

Zu den Art. X bis XIII (Post- und TelegraphenPG 1967, BG über die Pensionsansprüche der ehemaligen k. u. k. Zivilbediensteten und ihrer Hinterbliebenen, BundestheaterPG und BezügeG):

Übernahme der neuen Bestimmungen des PG und Anpassungen von Zitaten.

Zu Art. XIV Z 1 und 2 (§ 76 Abs. 1 und 7 BF-DO):

Die Sonderregelungen über die Pensionsversorgung der Bediensteten der Österreichischen Bundesforste (Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung plus Zuschüsse des Bundes) machen die Aufnahme einer Maßgabebestimmung zu § 15a Abs. 4 PG in die BF-DO erforderlich, um die doppelte Berücksichtigung einer für ein- und dieselbe Berufstätigkeit bestehenden Bemessungsrundlage zu vermeiden.

Zu Art. XIV Z 3 (§ 77 Abs. 1 BF-DO):

Anpassung dieser Bestimmung an die Neufassung des § 7 NGZG.

Zu Art. XV (B-GBG):

Aufgrund der mit dem Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten (UOG 1993), BGBl. Nr. 805, eingeleiteten Organisationsreform der Universitäten ist im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz sicherzustellen, daß auch den vom obersten Kollegialorgan jeder Universität neu

einzurichtenden Arbeitskreisen für Gleichbehandlungsfragen und deren Vorsitzenden die vom B-GBG eingeräumte Stellung der Arbeitskreise und ihrer Vorsitzenden nach dem bisherigen UOG zukommt.

Zu Art. XVI Z 1 (§ 28 AusG):

Die bisherigen Bestimmungen, wonach sich - sobald eine Planstelle öffentlich ausgeschrieben wurde - auch Bedienstete einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes zusammen mit allen anderen Bewerbern die sich gültig beworben haben, einem Aufnahmeverfahren zu unterziehen hatten, stellten ein Mobilitätshindernis dar.

Durch die vorliegende Regelung wird die Möglichkeit geschaffen, freie Planstellen auch nach erfolgter Ausschreibung mit geeigneten Bediensteten einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes ohne Durchführung eines Aufnahmeverfahrens zu besetzen. Dem bereits bisher im § 25 Z 4 verankerten Gedanken der Mobilitätsförderung wird dadurch vermehrt Rechnung getragen.

Zu Art. XVI Z 2 bis 4 (§ 36a, § 53 und § 58 AusG):

§ 36a Abs. 1 und 2 entspricht der bisher im § 53 enthaltenen Regelung über die Verständigungspflicht der nicht berücksichtigten Bewerber. Da diese Verständigungsverpflichtung sich jedoch auf alle Verfahren bezieht, wurde sie aus systematischen Gründen als § 36a in den Unterabschnitt A - Allgemeine Bestimmungen aufgenommen.

Zusätzlich wird durch § 36a Abs. 3 bestimmt, daß für den Fall, daß nach erfolgter Ausschreibung ein Aufnahmeverfahren nicht durchgeführt wurde, weil die Planstelle mit einem Bediensteten einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes besetzt werden konnte, auch in der Verständigung auf diesen Umstand hinzuweisen ist.

Zu Art. XVII (Aufhebung alter Rechtsvorschriften):

Dieser Artikel hebt überholte Rechtsvorschriften auf. Es betreffen:

- Z 1 eine Sonderregelung über die Versetzung in den Ruhestand, die nunmehr im § 233a BDG 1979 enthalten ist,
- Z 2 die Anwendung einer mittlerweile aufgehobenen Bestimmung auf die Anstellungs- und Definitivstellungserfordernisse in der Post- und Telegraphenverwaltung,
- Z 3 durch Zeitablauf überholte Etappenregelungen für Vertragslehrer für Werkerziehung,
- Z 4 durch Zeitablauf überholte disziplinarrechtliche Übergangsbestimmungen,
- Z 5 Übergangsbestimmungen zu mittlerweile aufgehobenen Regelungen über die Entlohnung jugendlicher vertraglich Bediensteter (Art. III), durch Zeitablauf überholte Etappenregelungen für vertragliche Religionslehrer (Art. V), Rundungsregelungen zu Übergangsbestimmungen, die durch diesen Art. aufgehoben werden (Art. VI Abs. 1 und 2),
- Z 6 eine durch § 278 Abs. 3 BDG 1979 überholte Bestimmung über das Inkrafttreten von Verordnungen zum BDG 1979,
- Z 7 eine Bestimmung über die Grundausbildung für den Dienst in Unteroffiziersfunktion, die durch die Erlassung der Verordnung über die Grundausbildung für den Dienst in Unteroffiziersfunktion, BGBl. Nr. 341/1985, gegenstandslos geworden ist (Art. V Abs. 2), durch Zeitablauf überholte Etappenregelungen für Fachkoordinatoren (Art. VI),
- Z 8 bis 10 durch Zeitablauf überholte Etappenregelungen für Fachkoordinatoren,
- Z 11 durch Zeitablauf überholte Übergangsbestimmungen zur Leistungsfeststellung,
- Z 12 durch Zeitablauf überholte disziplinarrechtliche Übergangsbestimmungen,
- Z 13 Übergangsbestimmungen zu mittlerweile aufgehobenen Regelungen über die Entlohnung jugendlicher vertraglich Bediensteter.

Textgegenüberstellung

In die nachfolgende Textgegenüberstellung werden Neuregelungen nicht aufgenommen,
- denen kein bisheriger Text gegenübersteht,
- die nur geänderte Bezeichnungen oder Zitierungsanpassungen beinhalten.

alt	neu
BDG 1979	BDG 1979
Art. I Z 4:	
§ 38. (2) Die Versetzung ist von Amts wegen zulässig, wenn ein wichtiges dienstliches Interesse daran besteht. Während des provisorischen Dienstverhältnisses ist eine Versetzung an einen anderen Dienstort auch ohne wichtiges dienstliches Interesse zulässig.	§ 38. (2) Die Versetzung ist von Amts wegen zulässig, wenn ein wichtiges dienstliches Interesse daran besteht. Während des provisorischen Dienstverhältnisses ist eine Versetzung auch ohne wichtiges dienstliches Interesse zulässig.
Art. I Z 5:	
§ 41a. (4) Macht die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst innerhalb von vier Wochen nach Aufforderung durch den Bundeskanzler die Dienstnehmervertreter nicht namhaft, so obliegt die Namhaftmachung dem Bundeskanzler.	§ 41a. (4) Die Vertreter der Dienstnehmer sind namhaft zu machen: 1. für die Senate für Berufungswerber aus der Besoldungsgruppe der Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung von der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten, 2. in allen übrigen Fällen von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Macht eine Gewerkschaft innerhalb von vier Wochen nach Aufforderung durch den Bundeskanzler die Dienstnehmervertreter nicht namhaft, so obliegt die Namhaftmachung für den betreffenden Bereich dem Bundeskanzler.
Art. I Z 6:	
§ 41c. (2) Das als Vertreter des Dienstgebers bestellte Senatsmitglied muß dem Ressort des Berufungswerbers angehören. Dieses Mitglied ist zugleich der Berichterstatter.	§ 41c. (2) Das als Vertreter des Dienstgebers bestellte Senatsmitglied muß dem Ressort des Berufungswerbers angehören.
Art. I Z 7:	
§ 41e. (2) Der Bundeskanzler hat für die Verhandlungen vor der Berufungskommission rechtskundige Schriftführer beizustellen.	§ 41a. (2) Der Bundeskanzler hat für die Verhandlungen vor der Berufungskommission geeignete Schriftführer beizustellen.

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

56 von 74

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

alt

Art. I Z 9:

§ 240a. (8) Die Abs. 1 und 4 bis 7 sind auf die übrigen Beamten des Dienststandes der Post- und Telegraphenverwaltung, die noch nicht der Besoldungsgruppe der Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung angehören, anzuwenden. Ihre Überleitung wird in allen Fällen mit dem auf die Abgabe der Erklärung folgenden Monatsersten wirksam.

Art. I Z 12:

§ 261. (1) Wachebeamte der Verwendungsgruppe W 3, die die Voraussetzungen der Anlage 1 Z 56.1 lit. a und b erfüllen, sind zu Beamten der Grundstufe der Verwendungsgruppe W 2 zu ernennen. Eine solche schriftliche Erklärung ist rechtsunwirksam, wenn ihr der Wachebeamte eine Bedingung beigefügt hat.

Art. I Z 13:

§ 262. (1) Ein Wachebeamter des Dienststandes kann durch schriftliche Erklärung seine Überleitung in den Exekutivdienst und damit in eine der Verwendungsgruppen E 1, E 2a, E 2b oder E 2c bewirken.

Art. I Z 14 und 15:

§ 264. (1) Für die Wachebeamten sind folgende Amtstitel vorgesehen:

in der Verwendungsgruppe	in der Dienstklasse oder Dienststufe	Gehaltsstufe	Wartezeit in Jahren	Amtstitel
.....				
W 2	Grundstufe			Revierinspektor
	1			Bezirksinspektor
	2			Gruppeninspektor
	3			Abteilungsinspektor

.....

neu

§ 240a. (8) Die Abs. 1 und 4 bis 7 sind auf die übrigen Beamten des Dienststandes der Post- und Telegraphenverwaltung und der Fernmeldehoheitsverwaltung, die noch nicht der Besoldungsgruppe der Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung angehören, anzuwenden. Ihre Überleitung wird in allen Fällen mit dem auf die Abgabe der Erklärung folgenden Monatsersten wirksam.

§ 261. (1) Wachebeamte der Verwendungsgruppe W 3, die die Voraussetzungen der Anlage 1 Z 56.1 lit. a und b erfüllen, sind zu Beamten der Grundstufe der Verwendungsgruppe W 2 zu ernennen.

§ 262. (1) Ein Wachebeamter des Dienststandes kann durch schriftliche Erklärung seine Überleitung in den Exekutivdienst und damit in eine der Verwendungsgruppen E 1, E 2a, E 2b oder E 2c bewirken. Eine solche schriftliche Erklärung ist rechtsunwirksam, wenn ihr der Wachebeamte eine Bedingung beigefügt hat.

§ 264. (1) Für die Wachebeamten sind folgende Amtstitel vorgesehen:

in der Verwendungsgruppe	in der Dienstklasse oder Dienststufe	Gehaltsstufe	Wartezeit in Jahren	Amtstitel
.....				
W 2	Grundstufe			Revierinspektor
	1			Gruppeninspektor
	2			Bezirksinspektor
	3			Abteilungsinspektor

.....

alt

(5) Der Amtstitel "Bezirksinspektor" fällt für Beamte der Verwendungsgruppe W 2, die die Erfordernisse des § 261 Abs. 2 nicht erfüllen, erst nach einer Dienstzeit in der Dienststufe 1 von zwei Jahren an.

Art. I Z 18:

3.3.2. der Sachbearbeiter mit besonders qualifizierten Aufgaben wie

a) der Leiter der Strom- und Hafenaufsicht Wien-Praterkai,

.....

Art. I Z 22:

3.7.1. der Leiter einer Organisationseinheit mit gleichartigen Aufgaben wie

.....

k) der Leiter des Sekretariates des Oberlandesgerichtes Wien,

.....

Art. I Z 24:

3.7.2. der Sachbearbeiter mit überwiegend gleichartigen Aufgaben wie

.....

j) der Sammlungspräparator für qualifizierte Ausgaben der Zoologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums,

Art. I Z 27:

3.8.2. der Sachbearbeiter mit gleichartigen Aufgaben wie

.....

d) der Leiter einer Geschäftsabteilung eines Gerichtes oder einer Staatsanwaltschaft, dem mindestens ein Mundant mit einer Gesamtarbeitskapazität von 100 % der Vollbeschäftigung zugeteilt ist,

.....

Art. I Z 29:

Partieführer

3.23. Für Partieführer an Stelle der Erfordernisse der Z 3.11 die Erlernung eines Lehrberufes und Verwendung im erlernten Lehrberuf als

neu

(5) Der Amtstitel "Gruppeninspektor" fällt für Beamte der Verwendungsgruppe W 2, die die Erfordernisse des § 261 Abs. 2 nicht erfüllen, erst nach einer Dienstzeit in der Dienststufe 1 von zwei Jahren an.

3.3.2. der Sachbearbeiter mit besonders qualifizierten Aufgaben wie

.....

3.7.1. der Leiter einer Organisationseinheit mit gleichartigen Aufgaben wie

.....

k) der Leiter des Sekretariates des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien,

3.7.2. der Sachbearbeiter mit überwiegend gleichartigen Aufgaben wie

.....

j) der Sammlungspräparator für qualifizierte Aufgaben der Zoologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums,

3.8.2. der Sachbearbeiter mit gleichartigen Aufgaben wie

.....

Partieführer

3.23. Für Partieführer an Stelle der Erfordernisse der Z 3.11 die Erlernung eines Lehrberufes und Verwendung im erlernten Lehrberuf als

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

alt

Partieführer. Die Tätigkeit als Partieführer umfaßt die Beaufsichtigung und Leitung einer Bedienstetengruppe, der Facharbeiter angehören.

Art. I Z 30:

Vorarbeiter

4.16. Für Vorarbeiter die Erlernung eines Lehrberufes und Verwendung im erlernten Lehrberuf als Vorarbeiter. Die Tätigkeit als Vorarbeiter umfaßt die Überwachung der Tätigkeit anderer Arbeiter.

Art. I Z 31:

5.7. Für Facharbeiter die Erlernung eines Lehrberufes gemäß Z 3.13 lit. c und Verwendung im erlernten Lehrberuf.

Art. I Z 32:

8.10. Verwendungen der Funktionsgruppe 3 sind zB:

.....

e) im Zollwachdienst:
Leiter des Referates 1 in der Abteilung II bei der Bundespolizeidirektion Graz.

Gehaltsgesetz 1956

Art. II Z 2 und 3:

§ 12. (2) Gemäß Abs. 1 lit. a sind voranzusetzen:

.....

5. die Zeit einer Verwendung oder Ausbildung, wenn sie in der Anlage 1 des BDG 1979 oder in einer Verordnung zum BDG 1979 für die Verwendung des Beamten
a) in einer der im § 12a Abs. 2 Z 3 angeführten Besoldungs- oder Verwendungsgruppen über das Erfordernis der abgeschlossenen Hochschulbildung hinaus vorgeschrieben ist oder
.....

6. bei Beamten, die in die Verwendungsgruppen A 2, B, L 2b, M BO 2,M ZO 2, H 2, PT 1 bis PT 4, K 1 oder K 2 oder in eine der

neu

Partieführer. Ein Partieführer trägt die Verantwortung für die praktische Umsetzung von Planvorgaben und beaufsichtigt und leitet eine oder mehrere Gruppen von Facharbeitern und anderen Arbeitern.

Vorarbeiter

4.16. Für Vorarbeiter die Erlernung eines Lehrberufes und Verwendung im erlernten Lehrberuf als Vorarbeiter. Ein Vorarbeiter leitet andere Facharbeiter oder Arbeiter an.

5.7. Für Facharbeiter die Erlernung eines Lehrberufes gemäß Z 3.13 lit. c.

B.10. Verwendungen der Funktionsgruppe 3 sind zB:

.....

e) im Zollwachdienst:
Inspizierender der Zollwache und Referent für die Außenstelle Güssing.

Gehaltsgesetz 1956

§ 12. (2) Gemäß Abs. 1 lit. a sind voranzusetzen:

.....

5. die Zeit einer Verwendung oder Ausbildung, wenn sie in der Anlage 1 des BDG 1979 oder in einer Verordnung zum BDG 1979 für die Verwendung des Beamten
a) in einer der Verwendungsgruppen A 1, M BO 1, M ZO 1 oder PT 1 oder in einer der im § 12a Abs. 2 Z 3 angeführten Besoldungs- oder Verwendungsgruppen über das Erfordernis der abgeschlossenen Hochschulbildung hinaus vorgeschrieben ist oder
.....

6. bei Beamten, die in die Verwendungsgruppen A 1, A 2, B, L 2b, M BO 1, M ZO 1, M BO 2, M ZO 2, H 2, PT 1 bis PT 4, K 1 oder K 2

alt

im § 12a Abs. 2 Z 2 und 3 angeführten Besoldungs- oder Verwendungsgruppen aufgenommen werden, die Zeit des erfolgreichen Studiums
a) an einer höheren Schule oder
b) - solange der Beamte damals noch keine Reifeprüfung erfolgreich abgelegt hat - an einer Akademie für Sozialarbeit
bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Beamte den Abschluß dieser Ausbildung hätte erreichen können; mögliche schulrechtliche Ausnahmegenehmigungen sind nicht zu berücksichtigen. Als Zeitpunkt des möglichen Schulabschlusses ist bei Studien, die mit dem Schuljahr enden, der 30. Juni und bei Studien, die mit dem Kalenderjahr enden, der 31. Dezember anzunehmen;

Art. II Z 6:

§ 36. (5) Der Anspruch auf Ergänzungszulage nach den Abs. 1 oder 2 erlischt spätestens drei Jahre nach der Abberufung. Er erlischt schon vorher, wenn
1. dem Beamten eine Funktion übertragen wird, für die ihm eine gleichhohe oder höhere Funktionszulage gebührt wie jene, die für die Funktion vorgesehen war, aus der er gemäß § 35 abberufen worden ist, oder
.....

Art. II Z 7:

§ 39. (6) Werden Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes im Jahre 1995 auf einem Arbeitsplatz der Verwendungsgruppen B oder A verwendet, so sind auf sie statt der Bestimmungen über die Funktionszulage, die Funktionsabgeltung, die Verwendungszulage nach § 34 und die Verwendungsabgeltung nach § 38 die Bestimmungen über die Verwendungszulage nach § 121 und über die Verwendungsabgeltung nach § 122 anzuwenden. .....

Art. II Z 9:

§ 77. (2) Der Anspruch auf Ergänzungszulage nach Abs. 1 erlischt spätestens drei Jahre nach der Abberufung. Er erlischt schon vorher, wenn
1. dem Beamten des Exekutivdienstes eine Funktion übertragen wird, für die ihm eine gleichhohe oder höhere Funktionszulage gebührt

neu

oder in eine der im § 12a Abs. 2 Z 2 und 3 angeführten Besoldungs- oder Verwendungsgruppen aufgenommen werden, die Zeit des erfolgreichen Studiums
a) an einer höheren Schule oder
b) - solange der Beamte damals noch keine Reifeprüfung erfolgreich abgelegt hat - an einer Akademie für Sozialarbeit
bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Beamte den Abschluß dieser Ausbildung hätte erreichen können; mögliche schulrechtliche Ausnahmegenehmigungen sind nicht zu berücksichtigen. Als Zeitpunkt des möglichen Schulabschlusses ist bei Studien, die mit dem Schuljahr enden, der 30. Juni und bei Studien, die mit dem Kalenderjahr enden, der 31. Dezember anzunehmen;

§ 36. (5) Der Anspruch auf Ergänzungszulage nach den Abs. 1 oder 2 erlischt spätestens drei Jahre nach der Abberufung. Er erlischt schon vorher, wenn
1. der Beamte in dieselbe Funktionsgruppe eingestuft wird wie jene, der die Funktion zugeordnet war, aus der er gemäß § 35 abberufen worden ist, oder in eine höhere Funktionsgruppe eingestuft wird oder
.....

§ 39. (6) Werden Beamte des Allgemeinen Verwaltungsdienstes im Jahre 1995 auf einem Arbeitsplatz der Verwendungsgruppen B oder A verwendet, so sind auf die besoldungsrechtliche Abgeltung ihrer höherwertigen Verwendung statt der Bestimmungen über die Funktionszulage, die Funktionsabgeltung, die Verwendungszulage nach § 34 und die Verwendungsabgeltung nach § 38 die Bestimmungen über die Verwendungszulage nach § 121 und über die Verwendungsabgeltung nach § 122 anzuwenden. .....

§ 77. (2) Der Anspruch auf Ergänzungszulage nach Abs. 1 erlischt spätestens drei Jahre nach der Abberufung. Er erlischt schon vorher, wenn
1. der Beamte des Exekutivdienstes in dieselbe Funktionsgruppe eingestuft wird wie jene, der die Funktion zugeordnet war, aus

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

alt	neu
wie jene, die für die Funktion vorgesehen war, aus der er gemäß § 76 abberufen worden ist, oder	der er gemäß § 76 abberufen worden ist, oder in eine höhere Funktionsgruppe eingestuft wird oder
.....	.....
Art. II Z 7:	
§ 80. (5) Werden Beamte des Exekutivdienstes im Jahre 1995 auf einem Arbeitsplatz der Verwendungsgruppe W 1 verwendet, so sind auf sie statt der Bestimmungen über die Funktionszulage, die Funktionsabgeltung, die Verwendungszulage nach § 75 und die Verwendungsabgeltung nach § 79 die Bestimmungen über die Verwendungszulage nach § 121 und über die Verwendungsabgeltung nach § 122 anzuwenden.	§ 80. (5) Werden Beamte des Exekutivdienstes im Jahre 1995 auf einem Arbeitsplatz der Verwendungsgruppe W 1 verwendet, so sind auf die besoldungsrechtliche Abgeltung ihrer höherwertigen Verwendung statt der Bestimmungen über die Funktionszulage, die Funktionsabgeltung, die Verwendungszulage nach § 75 und die Verwendungsabgeltung nach § 79 die Bestimmungen über die Verwendungszulage nach § 121 und über die Verwendungsabgeltung nach § 122 anzuwenden. .....
Art. II Z 11:	
§ 94. (5) Der Anspruch auf Ergänzungszulage nach den Abs. 1 oder 2 erlischt spätestens drei Jahre nach der Abberufung. Er erlischt schon vorher, wenn 1. der Militärperson eine Funktion übertragen wird, für die ihr eine gleichhohe oder höhere Funktionszulage gebührt wie jene, die für die Funktion vorgesehen war, aus der sie gemäß § 93 abberufen worden ist, oder	§ 94. (5) Der Anspruch auf Ergänzungszulage nach den Abs. 1 oder 2 erlischt spätestens drei Jahre nach der Abberufung. Er erlischt schon vorher, wenn 1. die Militärperson in dieselbe Funktionsgruppe eingestuft wird wie jene, der die Funktion zugeordnet war, aus der sie gemäß § 93 abberufen worden ist, oder in eine höhere Funktionsgruppe eingestuft wird oder .....
Art. II Z 7:	
§ 97. (6) Werden Militärpersonen im Jahre 1995 auf einem Arbeitsplatz der Verwendungsgruppen H 2 oder H 1 verwendet, so sind auf sie statt der Bestimmungen über die Funktionszulage, die Funktionsabgeltung, die Verwendungszulage nach § 92 und die Verwendungsabgeltung nach § 96 die Bestimmungen über die Verwendungszulage nach § 121 und über die Verwendungsabgeltung nach § 122 anzuwenden.	§ 97. (6) Werden Militärpersonen im Jahre 1995 auf einem Arbeitsplatz der Verwendungsgruppen H 2 oder H 1 verwendet, so sind auf die besoldungsrechtliche Abgeltung ihrer höherwertigen Verwendung statt der Bestimmungen über die Funktionszulage, die Funktionsabgeltung, die Verwendungszulage nach § 92 und die Verwendungsabgeltung nach § 96 die Bestimmungen über die Verwendungszulage nach § 121 und über die Verwendungsabgeltung nach § 122 anzuwenden. .....
Art. II Z 14 und 15:	
§ 136. (6) Hat der Beamte vor seiner Überleitung nach § 134 oder nach § 135 nicht bloß vertretungsweise einen Arbeitsplatz innegehabt, der höher bewertet oder höher zu bewerten war als der am Tag der Überleitung innegehabte Arbeitsplatz, ist bei der Anwendung der Abs. 3 bis 5 von diesem höher bewerteten (höher zu bewertenden) Arbeitsplatz	§ 136. (6) War der Beamte nach seiner Beförderung in eine in den Abs. 3 bis 5 angeführte Dienstklasse einer dort angeführten entsprechenden Verwendungsgruppe, spätestens aber am Tage seiner Überleitung nach § 134 oder nach § 135 dauernd mit einem Arbeitsplatz betraut, der höher bewertet oder höher zu bewerten war als der am Tag der

alt

auszugehen. Hat der Beamte vor dieser Überleitung mehrere höher bewertete oder höher zu bewertende Arbeitsplätze innegehabt, ist dabei vom höchstbewerteten (am höchsten zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen.

.....

(8) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 7 sind Verzögerungen nicht zu berücksichtigen, die sich auf Grund einer Leistungsfeststellung oder einer späten Übernahme einer höheren Funktion ergeben haben.

Art. II Z 16:

§ 142. (1) Dem exekutivdiensttauglichen Wachebeamten der Verwendungsgruppe W 2, der eine in der Anlage 1 Z 56.3 zum BDG 1979 angeführte Grundausbildung erfolgreich absolviert hat und ständig mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer im Abs. 2 angeführten Richtverwendung oder einer gemäß Abs. 3 gleichzuhaltenden Verwendung betraut ist, ist für die Dauer der Betrauung mit dieser Verwendung eine ruhegenußfähige Dienstzulage von 610 S zuzuerkennen. Diese Dienstzulage ist auch dem exekutivdiensttauglichen Wachebeamten der Verwendungsgruppe W 1 zuzuerkennen. Die Zuerkennung bedarf der Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen.

Art. II Z 18:

§ 147. (5) Hat der Wachebeamte vor seiner Überleitung nach § 146 nicht bloß vertretungsweise einen Arbeitsplatz innegehabt, der höher bewertet oder höher zu bewerten war als der am Tag der Überleitung innegehabte Arbeitsplatz, ist bei der Anwendung der Abs. 2 bis 4 von diesem höher bewerteten (höher zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen. Hat der Wachebeamte vor dieser Überleitung mehrere höher bewertete oder höher zu bewertende Arbeitsplätze innegehabt, ist dabei vom höchstbewerteten (am höchstens zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen.

neu

Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabte Arbeitsplatz, ist bei der Anwendung der Abs. 3 bis 5 von diesem höher bewerteten (höher zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen. War der Beamte innerhalb dieses Zeitraums mit verschiedenen höher bewerteten oder höher zu bewertenden Arbeitsplätzen dauernd betraut, ist dabei vom höchstbewerteten (am höchsten zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen.

.....

(8) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 7 ist nicht zu prüfen, wie lange der Beamte den Arbeitsplatz vor der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabt hat. Laufbahnverzögerungen, die sich auf Grund einer Leistungsfeststellung oder anderer, von den Abs. 1 bis 7 nicht erfaßter Umstände ergeben haben, bewirken keine Verbesserung der sich aus der Überleitungstabelle ergebenden Einstufung.

§ 142. (1) Dem exekutivdiensttauglichen Wachebeamten der Verwendungsgruppe W 2, der eine in der Anlage 1 Z 56.3 zum BDG 1979 angeführte Grundausbildung erfolgreich absolviert hat und ständig mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer im Abs. 2 angeführten Richtverwendung oder einer gemäß Abs. 3 gleichzuhaltenden Verwendung betraut ist, ist für die Dauer der Betrauung mit dieser Verwendung eine ruhegenußfähige Dienstzulage von 610 S zuzuerkennen. Diese Dienstzulage ist auch dem exekutivdiensttauglichen Wachebeamten der Verwendungsgruppe W 1 zuzuerkennen. Die Zuerkennung bedarf der Zustimmung des Bundeskanzlers.

§ 147. (5) War der Wachebeamte nach seiner Beförderung in eine in den Abs. 2 bis 4 angeführte Dienstklasse einer dort angeführten entsprechenden Verwendungsgruppe, spätestens aber am Tage seiner Überleitung nach § 146 dauernd mit einem Arbeitsplatz betraut, der höher bewertet oder höher zu bewerten war als der am Tag der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabte Arbeitsplatz, ist bei der Anwendung der Abs. 2 bis 4 von diesem höher bewerteten (höher zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen. War der Wachebeamte innerhalb dieses Zeitraums mit verschiedenen höher bewerteten oder höher zu bewertenden

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

alt

(6) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 5 sind Verzögerungen nicht zu berücksichtigen, die sich auf Grund einer Leistungsfeststellung oder einer späten Übernahme einer höheren Funktion ergeben haben.

Art. II Z 21 und 22:

§ 155. (6) Hat der Berufsoffizier vor seiner Überleitung nach § 154 nicht bloß vertretungsweise einen Arbeitsplatz innegehabt, der höher bewertet oder höher zu bewerten war als der am Tag der Überleitung innegehabte Arbeitsplatz, ist bei der Anwendung der Abs. 3 bis 5 von diesem höher bewerteten (höher zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen. Hat der Berufsoffizier vor dieser Überleitung mehrere höher bewertete oder höher zu bewertende Arbeitsplätze innegehabt, ist dabei vom höchstbewerteten (am höchstens zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen.

.....

(8) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 7 sind Verzögerungen nicht zu berücksichtigen, die sich auf Grund einer Leistungsfeststellung oder einer späten Übernahme einer höheren Funktion ergeben haben.

neu

Arbeitsplätzen dauernd betraut, ist dabei vom höchstbewerteten (am höchsten zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen.

(5a) Gehört der Wachebeamte am Tag der Überleitung der Gehaltsstufe 10 der Dienstklasse III der Verwendungsgruppe W 3 an und weist er zu diesem Zeitpunkt in dieser Gehaltsstufe eine für die Vorrückung anrechenbare Dienstzeit von mehr als zwei Jahren auf, so ist die sich aus der Überleitungstabelle ergebende Einstufung um dieses zwei Jahre übersteigende Ausmaß zu verbessern.

(6) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 5a ist nicht zu prüfen, wie lange der Wachebeamte den Arbeitsplatz vor der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabt hat. Laufbahnverzögerungen, die sich auf Grund einer Leistungsfeststellung oder anderer, von den Abs. 1 bis 5a nicht erfaßter Umstände ergeben haben, bewirken keine Verbesserung der sich aus der Überleitungstabelle ergebenden Einstufung.

§ 155. (6) War der Berufsoffizier nach seiner Beförderung in eine in den Abs. 3 bis 5 angeführte Dienstklasse einer dort angeführten entsprechenden Verwendungsgruppe, spätestens aber am Tage seiner Überleitung nach § 154 dauernd mit einem Arbeitsplatz betraut, der höher bewertet oder höher zu bewerten war als der am Tag der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabte Arbeitsplatz, ist bei der Anwendung der Abs. 3 bis 5 von diesem höher bewerteten (höher zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen. War der Berufsoffizier innerhalb dieses Zeitraums mit verschiedenen höher bewerteten oder höher zu bewertenden Arbeitsplätzen dauernd betraut, ist dabei vom höchstbewerteten (am höchsten zu bewertenden) Arbeitsplatz auszugehen.

.....

(8) Bei der Anwendung der Abs. 1 bis 7 ist nicht zu prüfen, wie lange der Brufsoffizier den Arbeitsplatz vor der Beförderung in die betreffende Dienstklasse innegehabt hat. Laufbahnverzögerungen, die sich auf Grund einer Leistungsfeststellung oder anderer, von den Abs. 1 bis 7 nicht erfaßter Umstände ergeben haben, bewirken keine Verbesserung der sich aus der Überleitungstabelle ergebenden Einstufung.

alt

Vertragsbedienstetengesetz 1948

Art. III Z 2:

§ 2a. (4) Die Abs. 1 bis 3 sind abweichend von den Bestimmungen des § 1 auf alle Bundesbediensteten anzuwenden, die nicht Beamte sind.

Art. III Z 3:

§ 26. (2) Gemäß Abs. 1 lit. a sind voranzusetzen:

.....

5. die Zeit einer Verwendung oder Ausbildung, wenn sie für entsprechend eingestufte Beamte in der Anlage 1 des BDG 1979 oder in einer Verordnung zum BDG 1979 für die Verwendung des Beamten
   a) in einer der im § 12a Abs. 2 Z 3 des Gehaltsgesetzes 1956 angeführten Besoldungs- oder Verwendungsgruppen über das Erfordernis der abgeschlossenen Hochschulbildung hinaus vorgeschrieben ist oder

   .....

PG 1965

Art. VIII Z 1 bis 21:

Begriffe, die für die Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses maßgebend sind

§ 15. (1) Für die Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses bedeuten

1. "Ruhebezugsteil" die Summe aus Ruhegenuß, allfälliger Ruhegenußzulage und allfälliger Nebengebührenzulage nach dem Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971,
2. "Versorgungsbezugsteil" die Summe aus Versorgungsgenuß, allfälliger Versorgungsgenußzulage und allfälliger Nebengebührenzulage nach dem Nebengebührenzulagengesetz.

neu

Vertragsbedienstetengesetz 1948

§ 2a. (4) Die Abs. 1 bis 3 und § 1a sind abweichend von den Bestimmungen des § 1 auf alle Bundesbediensteten anzuwenden, die nicht Beamte sind.

§ 26. (2) Gemäß Abs. 1 lit. a sind voranzusetzen:

.....

5. die Zeit einer Verwendung oder Ausbildung, wenn sie für entsprechend eingestufte Beamte in der Anlage 1 des BDG 1979 oder in einer Verordnung zum BDG 1979 für die Verwendung des Beamten
   a) in einer der Verwendungsgruppen A 1, M BO 1, M ZO 1 oder PT 1 oder in einer der im § 12a Abs. 2 Z 3 des Gehaltsgesetzes 1956 angeführten Besoldungs- oder Verwendungsgruppen über das Erfordernis der abgeschlossenen Hochschulbildung hinaus vorgeschrieben ist oder

   .....

PG 1965

Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses

§ 15.

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

alt

(2) Als Berechnungsgrundlage des überlebenden Ehegatten, die der Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses zugrunde zu legen ist, gilt

1. für den Fall, daß der überlebende Ehegatte in der gesetzlichen Pensionsversicherung versichert ist oder war und nicht Z 2 und 3 anzuwenden sind, jene Bemessungsgrundlage, die für den überlebenden Ehegatten maßgebend wäre, wenn er am Sterbetag des Beamten Anspruch auf eine Pension auf Grund dieser Versicherung gehabt hätte,
2. für den Fall, daß der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten eine Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung bezieht, die für diese Pension am Sterbetag des Beamten maßgebliche Bemessungsgrundlage,
3. für den Fall, daß der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten selbst in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund steht und für sich eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf Pensionsversorgung erworben hat, die in den Abs. 4 oder 5 angeführte Berechnungsgrundlage.

(3) Der Versicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung oder dem Bezug einer Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung nach Abs. 2 Z 1 und 2 sind Anwartschaften oder Ansprüche auf Altersversorgung nach folgenden Bestimmungen gleichzuhalten:

1. Landesgesetzliche Vorschriften, die dem Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht der Bundesbeamten vergleichbar sind,
2. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 302/1984,
3. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 296/1985,
4. Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, und vergleichbare landesgesetzliche Vorschriften,
5. Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967, BGBl. Nr. 5/1968,
6. Post- und Telegraphen-Pensionsgesetz 1967, BGBl. Nr. 231,
7. Bundesgesetz vom 1. Juli 1967 über die Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen, BGBl. Nr. 255,
8. Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953,
9. Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979,
10. Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958,

neu

(1) Als Berechnungsgrundlage des überlebenden Ehegatten, die der Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses zugrunde zu legen ist, gilt

1. für den Fall, daß der überlebende Ehegatte in der gesetzlichen Pensionsversicherung versichert ist oder war, jene Bemessungsgrundlage, die für den überlebenden Ehegatten maßgebend wäre, wenn er am Sterbetag des Beamten Anspruch auf eine Pension auf Grund dieser Versicherung gehabt hätte,
2. für den Fall, daß der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten eine Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung bezieht, die für diese Pension am Sterbetag des Beamten maßgebende Bemessungsgrundlage,
3. für den Fall, daß der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten selbst in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund steht und für sich eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf Pensionsversorgung erworben hat, die in den Abs. 3 oder 4 angeführte Berechnungsgrundlage.

(2) Einer Anwartschaft oder einem Anspruch auf Pensionsversorgung nach Abs. 1 Z 3 ist eine Anwartschaft oder ein Anspruch auf Pensionsversorgung nach folgenden Bestimmungen:

1. landesgesetzliche Vorschriften, die dem Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht der Bundesbeamten vergleichbar sind,
2. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 302/1984,
3. Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 296/1985,
4. Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, und vergleichbare landesgesetzliche Vorschriften,
5. Post- und Telegraphen-Pensionsgesetz 1967, BGBl. Nr. 231,
6. Bundesgesetz vom 1. Juli 1967 über die Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen, BGBl. Nr. 255,
7. Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953,
8. Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979,
9. Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958,
10. § 163 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979, BGBl. Nr. 333,
11. Bundesbahn-Pensionsordnung 1966, BGBl. Nr. 313,

alt

11. § 163 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979, BGBl. Nr. 333,
12. Bundesbahn-Pensionsordnung 1966, BGBl. Nr. 313,
13. Dienst(Pensions)ordnungen für Dienstnehmer und ehemalige Dienstnehmer von
    a) öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Fonds, Stiftungen, Anstalten und Betrieben, die vom Bund, einem Bundesland, einem Gemeindeverband oder einer Gemeinde verwaltet werden,
    b) sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, und
    c) Einrichtungen, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen,
14. Pensionsvorschriften der Oesterreichischen Nationalbank.

(4) Die im Abs. 2 Z 3 angeführte Berechnungsgrundlage, wenn der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten selbst Beamter des Dienststandes oder emeritierter Ordentlicher Universitäts(Hochschul)professor ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die eine Anwartschaft auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten bezogen hat, und
2. der 350. Teil des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Summe der für den überlebenden Ehegatten bis zum Sterbetag des Beamten festgehaltenen Nebengebührenwerte nach § 2 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 Z 1 und 2 des Nebengebührenzulagengesetzes, mit 1% des am Sterbetag des Beamten geltenden Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfälligen Teuerungszulage ergibt, höchstens aber der Betrag von 25% des ruhegenußfähigen Monatsbezuges.

(5) Die im Abs. 2 Z 3 angeführte Berechnungsgrundlage, wenn der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten selbst Beamter des Ruhestandes ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die einen Anspruch auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die für die Bemessung des am Sterbetag des Beamten bezogenen Ruhebezuges des überlebenden Ehegatten maßgebend sind, und
2. der Betrag, der der um 25% erhöhten Nebengebührenzulage entspricht, die dem überlebenden Ehegatten am Sterbetag des Beamten gebührt.

neu

12. Dienst(Pensions)ordnungen für Dienstnehmer und ehemalige Dienstnehmer von
    a) öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Fonds, Stiftungen, Anstalten und Betrieben, die vom Bund, einem Bundesland, einem Gemeindeverband oder einer Gemeinde verwaltet werden,
    b) sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, und
    c) Einrichtungen, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen,
13. Pensionsvorschriften der Oesterreichischen Nationalbank,

sowie der unbefristete Bezug eines außerordentlichen Versorgungsgenusses gleichzuhalten.

(3) Die im Abs. 1 Z 3 angeführte Berechnungsgrundlage, wenn der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten selbst Beamter des Dienststandes ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die eine Anwartschaft auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die dem überlebenden Ehegatten am Stichtag gebührten, und
2. der 350. Teil des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Summe der für den überlebenden Ehegatten bis zum Stichtag festgehaltenen Nebengebührenwerte nach § 2 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 Z 1 und 2 des Nebengebührenzulagengesetzes, mit 1% des am Stichtag geltenden Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfälligen Teuerungszulage ergibt, höchstens aber der Betrag von 25% des ruhegenußfähigen Monatsbezuges.

(4) Die im Abs. 1 Z 3 angeführte Berechnungsgrundlage, wenn der überlebende Ehegatte am Sterbetag des Beamten selbst Beamter des Ruhestandes ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die einen Anspruch auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die für die Bemessung des am Sterbetag des Beamten bezogenen Ruhebezuges des überlebenden Ehegatten maßgebend sind, und
2. der Betrag, der der um 25% erhöhten Nebengebührenzulage entspricht, die dem überlebenden Ehegatten am Sterbetag des Beamten gebührt.

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

alt

(6) Die Berechnungsgrundlage eines verstorbenen Beamten des Dienststandes oder eines emeritierten Ordentlichen Universitäts(Hochschul)professors, die der Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsbezugsteiles des überlebenden Ehegatten zugrunde zu legen ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die eine Anwartschaft auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die der verstorbene Beamte an seinem Sterbetag bezogen hat, und
2. der 350. Teil des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Summe der für den verstorbenen Beamten bis zu seinem Sterbetag festgehaltenen Nebengebührenwerte nach § 2 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 Z 1 und 2 des Nebengebührenzulagengesetzes mit 1% des am Sterbetag des Beamten geltenden Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfälligen Teuerungszulage ergibt, höchstens aber der Betrag von 25% des ruhegenußfähigen Monatsbezuges.

(7) Die Berechnungsgrundlage eines verstorbenen Beamten des Ruhestandes, die der Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsbezugsteiles des überlebenden Ehegatten zugrunde zu legen ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die einen Anspruch auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die für die Bemessung des vom verstorbenen Beamten an seinem Sterbetag bezogenen Ruhegenusses maßgebend waren, und
2. der Betrag, der der um 25% erhöhten Nebengebührenzulage entspricht, die dem überlebenden Ehegatten am Sterbetag des Beamten gebührt.

(8) Ist am Sterbetag eines Beamten des Dienststandes seine Vorrückung aus den im § 5 Abs. 4 genannten Gründen gehemmt gewesen oder sind an diesem Tag seit dem Ablauf des Hemmungszeitraumes noch nicht sechs Jahre verstrichen, dann ist seine Berechnungsgrundlage so zu bemessen, als ob der Hemmungszeitraum angerechnet worden wäre. Gleiches gilt für die Berechnungsgrundlage eines überlebenden Ehegatten, der dem Dienststand angehört.

neu

(5) Die Berechnungsgrundlage eines verstorbenen Beamten des Dienststandes oder eines emeritierten Ordentlichen Universitäts(Hochschul)professors, die der Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsbezuges des überlebenden Ehegatten zugrunde zu legen ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die eine Anwartschaft auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die dem verstorbenen Beamten am Stichtag gebührten, und
2. der 350. Teil des Betrages, der sich aus der Multiplikation der Summe der für den verstorbenen Beamten bis zum Stichtag festgehaltenen Nebengebührenwerte nach § 2 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 Z 1 und 2 des Nebengebührenzulagengesetzes mit 1% des am Stichtag geltenden Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfälligen Teuerungszulage ergibt, höchstens aber der Betrag von 25% des ruhegenußfähigen Monatsbezuges.

(6) Die Berechnungsgrundlage eines verstorbenen Beamten des Ruhestandes, die der Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses zugrunde zu legen ist, bilden:

1. der ruhegenußfähige Monatsbezug und die einen Anspruch auf eine Zulage zum Ruhegenuß begründenden Aktivzulagen nach § 12 Abs. 1, die für die Bemessung des dem verstorbenen Beamten an seinem Sterbetag gebührenden Ruhebezuges maßgebend waren, und
2. der Betrag, der der um 25% erhöhten Nebengebührenzulage entspricht, die dem verstorbenen Beamten an seinem Sterbetag gebührte.

(7) Ist am Sterbetag eines Beamten des Dienststandes seine Vorrückung aus den im § 5 Abs. 4 genannten Gründen gehemmt gewesen oder sind an diesem Tag seit dem Ablauf des Hemmungszeitraumes noch nicht sechs Jahre verstrichen, dann ist seine Berechnungsgrundlage so zu bemessen, als ob der Hemmungszeitraum angerechnet worden wäre. Gleiches gilt für die Berechnungsgrundlage eines überlebenden Ehegatten, der dem Dienststand angehört.

alt

Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsbezugsteiles

§ 15a. (1) Das Ausmaß des Witwen- und Witwerversorgungsbezugsteiles ergibt sich aus einem Hundertsatz des Ruhebezugsteiles, auf den der Beamte am Sterbetag Anspruch gehabt hat oder im Fall der mit Ablauf dieses Tages erfolgten Versetzung in den Ruhestand gehabt hätte.

(2) Zur Ermittlung des Hundertsatzes ist vorerst die Berechnungsgrundlage für die Ermittlung des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses des überlebenden Ehegatten durch die Berechnungsgrundlage des verstorbenen Beamten zu teilen. Diese Zahl ist auf drei Dezimalstellen zu runden und mit dem Faktor 24 zu vervielfachen.

(3) Der Hundertsatz des Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles ergibt sich sodann aus der Verminderung der Zahl 76 um die gemäß Abs. 2 ermittelte Zahl. Er beträgt jedoch mindestens 40 und höchstens 60.

Erhöhung des Witwen- und des Witwerversorgungsbezugsteiles

§ 15b. (1) Erreicht die Summe aus
1. eigenem Einkommen des überlebenden Ehegatten und
2. dem nach den §§ 15 und 15a berechneten Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteil nicht den Betrag von 16 000 S, so ist, solange diese Voraussetzung zutrifft, der Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteil soweit zu erhöhen, daß die Summe aus eigenem Einkommen und

neu

(8) Stichtag im Sinne der Absätze 3 und 5 ist der letzte Tag des Kalendermonates, der dem Sterbetag des Beamten vorausgeht.

(9) Für Zwecke der Bemessung einer Witwen(Witwer)pension oder eines Witwen- und Witwerversorgungsbezuges gilt das Bundesrechenamt als Versicherungsträger im Sinne des § 321 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955.

Ausmaß des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses

§ 15a. (1) Das Ausmaß des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses ergibt sich aus einem Hundertsatz des Ruhegenusses, auf den der Beamte am Sterbetag Anspruch gehabt hat oder im Fall der mit Ablauf dieses Tages erfolgten Versetzung in den Ruhestand gehabt hätte.

(2) Zur Ermittlung des Hundertsatzes ist vorerst die Berechnungsgrundlage des überlebenden Ehegatten durch die Berechnungsgrundlage des verstorbenen Beamten zu teilen. Diese Zahl ist mit dem Faktor 24 zu vervielfachen und das Ergebnis auf drei Dezimalstellen zu runden.

(3) Der Hundertsatz des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses ergibt sich sodann aus der Verminderung der Zahl 76 um die gemäß Abs. 2 ermittelte Zahl. Er beträgt jedoch mindestens 40 und höchstens 60.

Erhöhung des Witwen- und Witwerversorgungsbezuges

§ 15b. (1) Erreicht die Summe aus
1. eigenem Einkommen des überlebenden Ehegatten,
2. dem nach den §§ 15 und 15a berechneten Versorgungsgenuß,
3. einer allfälligen Versorgungsgenußzulage gemäß § 22 Abs. 2 Z 1,
4. einer allfälligen Nebengebührenzulage gemäß § 6 des Nebengebührenzulagengesetzes und
5. einer allfälligen Haushaltszulage

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

alt

Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteil den genannten Betrag erreicht. Der sich daraus ergebende Hundertsatz des Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles darf jedoch 60 nicht überschreiten.

(2) Die Höhe des im Abs. 1 angeführten Betrages von 16 000 S ändert sich jeweils ab 1. Jänner eines jeden Jahres, erstmals mit Ablauf des Jahres 1995, um den Hundertsatz, um den sich bei Beamten des Dienststandes das Gehalt der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zuzüglich einer allfällig gewährten Teuerungszulage ändert. Der geänderte Betrag ist auf volle Schillingbeträge aufzurunden.

(3) Als eigenes Einkommen im Sinne des Abs. 1 gelten
1. jedes Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbstätigkeit,
2. die Bezüge im Sinne des § 23 Abs. 2 des Bezügegesetzes und sonstige Funktionsgebühren,
3. wiederkehrende Geldleistungen
   a) aus der gesetzlichen Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung oder
   b) auf Grund gleichwertiger landesgesetzlicher oder bundesgesetzlicher Regelungen der Unfallfürsorge,
4. wiederkehrende Geldleistungen auf Grund der im § 15 Abs. 3 genannten Vorschriften,
5. Ruhe- und Versorgungsbezüge und
6. Pensionen und Zusatzpensionen von Pensionskassen und privaten Dienstgebern.

.....

(6) Die Erhöhung des Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles nach Abs. 1 ist erstmalig im Zuge, der Bemessung des Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles festzustellen. Sie gebührt ab dem Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen für die Erhöhung erfüllt sind.

neu

nicht den Betrag von 16 000 S, so sind, solange diese Voraussetzung zutrifft, die in den Z 2 bis 4 genannten Bestandteile des Versorgungsbezuges gleichmäßig soweit zu erhöhen, daß die Summe aus eigenem Einkommen und Versorgungsbezug den genannten Betrag erreicht. Die sich daraus jeweils ergebenden Hundertsätze des Versorgungsgenusses, der Versorgungsgenußzulage und der Nebengebührenzulage zum Versorgungsgenuß dürfen jedoch 60 nicht überschreiten.

(2) Die Höhe des im Abs. 1 angeführten Betrages von 16 000 S ändert sich jeweils um den Hundertsatz, um den sich bei Beamten der Allgemeinen Verwaltung das Gehalt der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V unter Berücksichtigung einer allfällig gewährten Teuerungszulage ändert. Der geänderte Betrag ist auf volle Schillingbeträge aufzurunden.

(3) Als eigenes Einkommen im Sinne des Abs. 1 gelten
1. jedes Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbstätigkeit,
2. die Bezüge im Sinne des § 23 Abs. 2 des Bezügegesetzes und sonstige Funktionsgebühren,
3. wiederkehrende Geldleistungen
   a) aus der gesetzlichen Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung oder
   b) auf Grund gleichwertiger landesgesetzlicher oder bundesgesetzlicher Regelungen der Unfallfürsorge,
4. wiederkehrende Geldleistungen auf Grund der im § 15 Abs. 2 genannten Vorschriften,
5. Ruhe- und Versorgungsbezüge und
6. Pensionen und Zusatzpensionen von Pensionskassen und privaten Dienstgebern.

.....

(6) Die Erhöhung des Versorgungsbezuges nach Abs. 1 ist erstmalig im Zuge der Bemessung des Versorgungsbezuges festzustellen. Sie gebührt ab dem Beginn des Monats, in dem die Voraussetzungen für die Erhöhung erfüllt sind.

alt

.....

(8) Die Erhöhung des Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles gebührt bis zum Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzungen weggefallen sind.

.....

Meldung des Einkommens

§ 15c. (1) Die Pensionsbehörde hat jeden Bezieher eines nach § 15b erhöhten Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles jährlich einmal zu einer Meldung seines Einkommens zu verhalten.

(2) Kommt der Anspruchsberechtigte dieser Aufforderung innerhalb von zwei Monaten nicht nach, so hat die Pensionsbehörde den den Hundertsatz nach § 15a Abs. 3 überschreitenden Teil des Witwen(Witwer)versorgungsbezugteiles ab dem dem Ablauf von weiteren zwei Monaten folgenden Monatsersten zurückzubehalten.

(3) Dieser Teil des Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles ist unter Bedachtnahme auf § 40 nachzuzahlen, wenn der Anspruchsberechtigte seine Meldepflicht erfüllt oder die Pensionsbehörde auf andere Weise von der maßgebenden Sachlage Kenntnis erhalten hat.

Ausmaß des Witwen- und Witwerversorgungsgenusses und der zugehörigen Versorgungsgenußzulage und Nebengebührenzulage

§ 15d. (1) Vor einer allfälligen Erhöhung nach § 15b ist der Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteil aufzuteilen. Dem Verhältnis für diese Aufteilung in

1. den Witwen(Witwer)versorgungsgenuß,
2. eine allfällige Versorgungsgenußzulage und
3. eine allfällige Nebengebührenzulage

entspricht das Verhältnis der gemäß § 15 Abs. 6 bis 8 für die Ermittlung des Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteiles maßgebenden Teile der Berechnungsgrundlage des verstorbenen Beamten. Bei dieser Berechnung sind Hundertsätze auf drei Dezimalstellen zu runden und auf Beträge die Rundungsbestimmungen des § 34 anzuwenden. § 41 Abs. 2 bleibt unberührt.

neu

.....

(8) Die Erhöhung des Versorgungsbezuges gebührt bis zum Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzungen weggefallen sind.

.....

Meldung des Einkommens

§ 15c. (1) Die Pensionsbehörde hat jeden Bezieher eines nach § 15b erhöhten Versorgungsbezuges jährlich einmal zu einer Meldung seines Einkommens zu verhalten.

(2) Kommt der Anspruchsberechtigte dieser Aufforderung innerhalb von zwei Monaten nicht nach, so hat die Pensionsbehörde den den Hundertsatz nach § 15a Abs. 3 überschreitenden Teil des Versorgungsbezuges ab dem dem Ablauf von weiteren zwei Monaten folgenden Monatsersten zurückzubehalten.

(3) Dieser Teil des Versorgungsbezuges ist unter Bedachtnahme auf § 40 nachzuzahlen, wenn der Anspruchsberechtigte seine Meldepflicht erfüllt oder die Pensionsbehörde auf andere Weise von der maßgebenden Sachlage Kenntnis erhalten hat.

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

alt

(2) Bei der Anwendung des Abs. 1 entsprechen
1. der ruhegenußfähige Monatsbezug dem Witwen(Witwer)versorgungsgenuß
2. die Aktivzulage der Versorgungsgenußzulage und
3. der sich aus der Berechnung nach § 15 Abs. 6 Z 2 oder § 15 Abs. 7 Z 2 ergebende Betragsteil der Nebengebührenzulage.

(3) Im Falle einer Erhöhung nach § 15b gilt der Erhöhungsbetrag als Bestandteil des Witwen(Witwer)versorgungsbezuges.

Vorschüsse auf den Witwen- und Witwerversorgungsbezugsteil

§ 15e. (1) Auf Antrag des überlebenden Ehegatten können vor Abschluß des Ermittlungsverfahrens Vorschüsse auf den Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteil gezahlt werden, wenn der Anspruch dem Grunde nach feststeht. Die Vorschüsse dürfen 40% des Ruhebezugsteiles, auf den der Beamte am Sterbetag Anspruch gehabt hat oder im Fall der mit Ablauf dieses Tages erfolgten Versetzung in den Ruhestand gehabt hätte, nicht überschreiten.

(2) Die nach Abs. 1 gewährten Vorschüsse sind auf den gebührenden Witwen(Witwer)versorgungsbezugsteil anzurechnen.

Art. VIII Z 22:

§ 22. (2) Die Höhe der Versorgungsgenußzulage des überlebenden Ehegatten ergibt sich aus § 15d Abs. 1 und 2. Die Versorgungsgenußzulage der Waise beträgt
1. für jede Halbwaise 24%,
2. für jede Vollwaise 36%

der nach den Vorschriften des § 12 in Betracht kommenden Ruhegenußzulage.

NGZG

Art. IX Z 1:

§ 7. (1) Die Höhe der Nebengebührenzulage zum Witwen(Witwer)versorgungsgenuß ergibt sich aus § 15d Abs. 1 und 2 des Pensionsgesetzes 1965.

neu

Vorschüsse auf den Witwen- und Witwerversorgungsbezug

§ 15d. (1) Auf Antrag des überlebenden Ehegatten können vor Abschluß des Ermittlungsverfahrens Vorschüsse auf den Versorgungsbezug gezahlt werden, wenn der Anspruch dem Grunde nach feststeht. Die Vorschüsse dürfen 40% des Ruhebezuges, auf den der Beamte am Sterbetag Anspruch gehabt hat oder im Fall der mit Ablauf dieses Tages erfolgten Versetzung in den Ruhestand gehabt hätte, nicht überschreiten.

(2) Die nach Abs. 1 gewährten Vorschüsse sind auf den gebührenden Versorgungsbezug anzurechnen.

§ 22. (2) Die Versorgungsgenußzulage beträgt
1. für den überlebenden Ehegatten den gemäß § 15a Abs. 3 ermittelten Hundertsatz,
2. für jede Halbwaise 24% und
3. für jede Vollwaise 36%

der nach § 12 in Betracht kommenden Ruhegenußzulage.

NGZG

§ 7. (1) Die Nebengebührenzulage zum Versorgungsgenuß beträgt:
1. für den überlebenden Ehegatten den gemäß § 15a Abs. 3 des Pensionsgesetzes 1965 ermittelten Hundertsatz,
2. für jede Halbwaise 24 % und

alt

Bundestheaterpensionsgesetz

Art. XII Z 1:

§ 6a. (6) Die Höhe der Nebengebührenzulage zum Witwen(Witwer)versorgungsgenuß ergibt sich aus den §§ 15 bis 15d des Pensionsgesetzes 1965 in Verbindung mit § 17a dieses Bundesgesetzes. Die Nebengebührenzulage zum Waisenversorgungsgenuß beträgt

1. für jede Halbwaise 24%,
2. für jede Vollwaise 36%

der Nebengebührenzulage zum Ruhegenuß.

Bezügegesetz

Art. XIII Z 2:

§ 29. (2) Als Berechnungsgrundlage des verstorbenen Mitgliedes des Nationalrates oder des Bundesrates, die der Ermittlung des Witwen(Witwer)versorgungsbezuges des überlebenden Ehegatten zugrunde zu legen ist, gilt der Bezug nach § 25 Abs. 1.

Art. XIII Z 3:

§ 29a. (3) Zur Ermittlung des Hundertsatzes ist vorerst die Berechnungsgrundlage des überlebenden Ehegatten durch die Berechnungsgrundlage des verstorbenen Mitgliedes des Nationalrates oder des Bundesrates zu teilen. Diese Zahl ist auf drei Dezimalstellen zu runden und mit dem Faktor 24 zu vervielfachen.

Bundesforste-Dienstordnung 1986

Art. XIV Z 3:

§ 77. (1) Zum Zwecke der Berücksichtigung von Nebengebührenzulagen bei der Ermittlung des Ausmaßes der Zuschüsse nach § 75 sind die für Bundesbeamte und deren Hinterbliebene

1. jeweils geltenden Bestimmungen des Nebengebührenzulagengesetzes, BGBl. Nr. 485/1971, und
2. die §§ 15 bis 15d des Pensionsgesetzes 1965

neu

3. für jede Vollwaise 36 %

der Nebengebührenzulage zum Ruhegenuß.

Bundestheaterpensionsgesetz

§ 6a. (6) Die Nebengebührenzulage zum Versorgungsgenuß beträgt:

1. für den überlebenden Ehegatten den gemäß § 17a dieses Bundesgesetzes in Verbindung mit § 15a Abs. 3 des Pensionsgesetzes 1965 ermittelten Hundertsatz,
2. für jede Halbwaise 24 % und
3. für jede Vollwaise 36 %

der Nebengebührenzulage zum Ruhegenuß.

Bezügegesetz

§ 29. (2) Als Berechnungsgrundlage des verstorbenen Mitgliedes des Nationalrates oder des Bundesrates, die der Ermittlung des Versorgungsbezuges des überlebenden Ehegatten zugrunde zu legen ist, gilt der Bezug nach § 25 Abs. 1.

§ 29a. (3) Zur Ermittlung des Hundertsatzes ist vorerst die Berechnungsgrundlage des überlebenden Ehegatten durch die Berechnungsgrundlage des verstorbenen Mitgliedes des Nationalrates oder des Bundesrates zu teilen. Diese Zahl ist mit dem Faktor 24 zu vervielfachen und das Ergebnis auf drei Dezimalstellen zu runden.

Bundesforste-Dienstordnung 1986

§ 77. (1) Zum Zwecke der Berücksichtigung von Nebengebührenzulagen bei der Ermittlung des Ausmaßes der Zuschüsse nach § 75 sind die für Bundesbeamte und deren Hinterbliebene jeweils geltenden Bestimmungen des Nebengebührenzulagengesetzes, BGBl. Nr. 485/1971, mit den sich aus den Abs. 2 bis 4 und aus § 81 ergebenden Abänderungen anzuwenden.

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

alt

mit den sich aus den Absätzen 2 bis 4 und aus § 81 ergebenden Abänderungen anzuwenden.

Bundes-Gleichbehandlungsgesetz

Art. XV Z 1:

§ 20. Personen und Institutionen, die sich mit der Gleichbehandlung und Frauenförderung im Sinne des 2. und des 4. Teiles dieses Bundesgesetzes besonders zu befassen haben, sind:

.....

6. die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen gemäß § 106a des Universitäts-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 258/1975, § 14b des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 54/1970, und § 25a des Akademie-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 25/1988.

Art. XV Z 2:

§ 23. (2) Zur Antragstellung an die Kommission sind berechtigt:

.....

5. die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen gemäß § 106a des Universitäts-Organisationsgesetzes, § 14b des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes, und § 25a des Akademie-Organisationsgesetzes für ihre Dienststelle.

Art. XV Z 3:

§ 27. (7) Die Abs. 1, 2 und 4 bis 6 sind auf die Vorsitzenden der Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen nach § 106a des Universitäts-Organisationsgesetzes, § 14b des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes und § 25a des Akademie-Organisationsgesetzes anzuwenden.

Art. XV Z 4:

§ 28. (2) Der Arbeitsgruppe gehören als Mitglieder an:

.....

2. die Vorsitzenden der Arbeitskreise gemäß § 106a des Universitäts-Organisationsgesetzes, § 14b des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes und § 25a des Akademie-Organisationsgesetzes.

neu

Bundes-Gleichbehandlungsgesetz

§ 20. Personen und Institutionen, die sich mit der Gleichbehandlung und Frauenförderung im Sinne des 2. und des 4. Teiles dieses Bundesgesetzes besonders zu befassen haben, sind:

.....

6. die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen (in der Folge "Arbeitskreise" genannt) gemäß § 39 des Bundesgesetzes über die Organisation der Universitäten, BGBl. Nr. 805/1993, § 106a des Universitäts-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 258/1979, § 14b des Kunsthochschul-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 54/1970 und § 25a des Akademie-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 25/1988.

§ 23. (2) Zur Antragstellung an die Kommission sind berechtigt:

.....

5. die Arbeitskreise nach § 20 Z 6 für ihre Dienststelle.

§ 27. (7) Die Abs. 1, 2 und 4 bis 6 sind auf die Vorsitzenden der Arbeitskreise nach § 20 Z 6 anzuwenden.

§ 28. (2) Der Arbeitsgruppe gehören als Mitglieder an:

.....

2. die Vorsitzenden der Arbeitskreise nach § 20 Z 6.

www.parlament.gv.at

alt

Ausschreibungsgesetz 1989

Art. XVI Z 1:

Aufnahmeverfahren

§ 28. (1) Dem nachfolgenden Aufnahmeverfahren sind nur jene Bewerber und Bewerberinnen zu unterziehen, die

1. die im § 22 Abs. 1 und 2 angeführten Erfordernisse für die angestrebte Verwendung erfüllen und
2. sich spätestens am letzten Tag der in der Ausschreibung angeführten Bewerbungsfrist beworben haben.

(2) Wenn es die Rechtsvorschriften ausdrücklich zulassen und weniger Bewerber und Bewerberinnen die im § 22 Abs. 1 angeführten Erfordernisse erfüllen, als Planstellen zu besetzen sind, kann nach diesen Rechtsvorschriften von der Nichterfüllung im § 22 Abs. 1 angeführter Erfordernisse Nachsicht erteilt werden. Eine erteilte Nachsicht gilt auch für die spätere Aufnahme.

(3) Die Voraussetzung des Abs. 1 Z 2 erfüllen auch Bewerber und Bewerberinnen, die sich längstens ein Jahr vor der betreffenden Ausschreibung um eine Planstelle beworben haben, wenn diese der nun ausgeschriebenen Planstelle (den nun ausgeschriebenen Planstellen) hinsichtlich

1. der Einstufung und der Art der Verwendung und
2. des gewünschten Dienstortes

entspricht.

(4) Die Art und die Durchführung des in Betracht kommenden Aufnahmeverfahrens sind in den Unterabschnitten B bis F geregelt.

neu

Ausschreibungsgesetz 1989

Aufnahmeverfahren

§ 28. (1) Die Art und die Durchführung des in Betracht kommenden Aufnahmeverfahrens sind in den Unterabschnitten B bis F geregelt.

(2) Von der Durchführung eines Aufnahmeverfahrens nach Abs. 1 kann abgesehen werden, wenn die für die Aufnahme zuständige Dienststelle zur Auffassung gelangt, daß die ausgeschriebene Planstelle mit einem oder einer geeigneten Bediensteten einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes besetzt werden kann.

(3) Dem Aufnahmeverfahren nach Abs. 1 oder dem Besetzungsverfahren nach Abs. 2 sind nur jene Bewerber und Bewerberinnen zu unterziehen, die

1. die im § 22 Abs. 1 und 2 angeführten Erfordernisse für die angestrebte Verwendung erfüllen und
2. sich spätestens am letzten Tag der in der Ausschreibung angeführten Bewerbungsfrist beworben haben.

(4) Wenn es die Rechtsvorschriften ausdrücklich zulassen und weniger Bewerber und Bewerberinnen die im § 22 Abs. 1 angeführten Erfordernisse erfüllen, als Planstellen zu besetzen sind, kann nach diesen Rechtsvorschriften von der Nichterfüllung im § 22 Abs. 1 angeführter Erfordernisse Nachsicht erteilt werden. Eine erteilte Nachsicht gilt auch für die spätere Aufnahme oder Besetzung.

(5) Die Voraussetzung des Abs. 3 Z 2 erfüllen auch Bewerber und Bewerberinnen, die sich längstens ein Jahr vor der betreffenden Ausschreibung um eine Planstelle beworben haben, wenn diese der nun ausgeschriebenen Planstelle (den nun ausgeschriebenen Planstellen) hinsichtlich

1. der Einstufung und der Art der Verwendung und
2. des gewünschten Dienstortes

entspricht.

(6) Bewerber und Bewerberinnen, die die Erfordernisse des Abs. 3 nicht erfüllen, sind hievon formlos zu verständigen.

www.parlament.gv.at

397/ME XVIII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

alt

Art. XVI Z 3:

Nicht berücksichtigte Bewerber und Bewerberinnen

§ 53. (1) Nach der Entscheidung über die Besetzung der Planstelle hat die das Aufnahmeverfahren durchführende Dienststelle alle Bewerber und Bewerberinnen, die nicht berücksichtigt worden sind, hievon formlos zu verständigen.

(2) In der Verständigung ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß
1. die Bewerbung weiterhin gültig bleibt, wenn der Bewerber oder die Bewerberin innerhalb von zwei Wochen ab der Zustellung schriftlich mitteilt, daß die Bewerbung aufrecht bleiben soll,
2. die Bewerbung aber in keinem Fall länger als ein Jahr gültig sein kann.

Art. XVI Z 4:

§ 58. Die §§ 52 und 53 sind anzuwenden.

neu

Nicht berücksichtigte Bewerber und Bewerberinnen

§ 36a. (1) Nach der Entscheidung über die Besetzung der Planstelle hat die das Aufnahmeverfahren durchführende Dienststelle alle Bewerber und Bewerberinnen, die nicht berücksichtigt worden sind, hievon formlos zu verständigen.

(2) In der Verständigung ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß
1. die Bewerbung weiterhin gültig bleibt, wenn der Bewerber oder die Bewerberin innerhalb von zwei Wochen ab der Zustellung schriftlich mitteilt, daß die Bewerbung aufrecht bleiben soll,
2. die Bewerbung aber in keinem Fall länger als ein Jahr gültig sein kann.

(3) Bei Besetzung einer Planstelle nach § 28 Abs. 2 hat die Verständigung auch den Hinweis zu enthalten, daß von der Durchführung eines Aufnahmeverfahrens abgesehen wurde, weil die Planstelle mit einem oder einer Bediensteten einer inländischen Gebietskörperschaft oder eines Gemeindeverbandes besetzt werden konnte.

§ 58. § 52 ist anzuwenden.

www.parlament.gv.at